

NEUERSCHEINUNG:

MARX • ENGELS • LENIN • STALIN

ÜBER DEN

PARTISANENKAMPF



VERLAG FÜR FREMDSPRACHIGE LITERATUR
MOSKAU 1945

Nachdruck durch "Gegen die Strömung", Frankfurt/M. Juni 1991, 135 S., öS 35,-, DM 5,-

Zu beziehen über:

Zentraler Literaturdienst, Postfach 582, 1150/9 Wien
Buchladen Georgi Dimitroff, Koblenzerstr.4, 6000 Frankfurt/M. 1
Vertrieb für Internationale Literatur, Brunhildstr.5, 1000 Westberlin 62

Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ). Medieninhaber, Verleger und Hersteller:
Franz Strobl. Beide 1150 Wien, Goldschlagstr. 56/2.
Adresse der Redaktion ebenda. Verlags- und Herstellungsort: Wien.

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 245

August 1991

Preis S 25,-

Die konterrevolutionären Konsequenzen des Antistalinismus

**am Beispiel des "unabhängigen, linken
Zeitungsprojektes" "TATblatt"**

Aus dem Inhalt:

Das "TATblatt" und seine Taten

**Warum die "TATblatt"-Macher die MLPÖ durch Zensur,
Boykott und Totschweigen "zudecken" wollen**

Marxismus - "auf den Misthaufen der Geschichte"?

Sozialismus - "ohne Zwang" gegen irgendwen?

**Zielklarer Kampf - ohne die Klassiker "von innen" zu
sehen?**

**Zur "Kritik" des "TATblatts" an der RF 243 "Der Oktoberstreik
1950" und an der Broschüre "Geschichtsfälscher"**

Das "TATblatt und seine Taten

Seit dem Jahre 1988 besteht in Wien ein "Projekt Zweitageszeitung", das "TATblatt". Dieses trat mit dem Anspruch an, "eine selbstverwaltete linke Zweitageszeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten (zu) werden, die allen daran Interessierten offen zur Verfügung steht". Das TB proklamierte in seiner 1. Ausgabe, daß darin "alles und in jeder Form solidarisch und ausführlich diskutiert werden kann". Zugleich stellte sich das TB als ein Medium vor, "mit dem gesellschaftsverändernde Prozesse unterstützt und vorangetrieben (eventuell angeregt und angestiftet) werden." (Tb-Minus 101).

Das TATblatt hat für die fortschrittliche Bewegung in Österreich eine nützliche Funktion gehabt, insofern es versucht hat, diesen Anspruch einzulösen. Dies geschah z.B. durch Aktionsberichte, Debatten über Fragen wie Anti-Opernball-Proteste und Palästina, aber auch durch den Abdruck von Stellungnahmen fortschrittlicher, revolutionärer und marxistisch-leninistischer Organisationen.

Jedoch ist in der Entwicklung des Tb bereits seit einiger Zeit eine **Kehrtwendung** feststellbar. Dabei geht es wesentlich nicht darum, daß das Projekt einer "Zwei-Tages-Zeitung" sich in den vergangenen 3 Jahren auf das Faktum einer Zwei-Wochen-Zeitung reduziert hat. Wichtiger ist die vor sich gegangene **inhaltliche Reduktion**. Statt sich weiterzuentwickeln, ist das TB inhaltlich ärmer, flacher, schlechter geworden.

Das TB hat sogar seine ursprünglich erhobenen Ansprüche deutlich zurückgeschraubt und verschoben.

In dem ersten veröffentlichten Konzept vom Frühjahr 1988 wird als Aufgabe genannt, "Inhalte transparent zu machen, Diskussionen, sobald sie sich aufdrängen, auszutragen", "das breite Meinungsspektrum der 'Linken' unverzerrt zu präsentieren". In den ersten Ausgaben, z.B. jener vom 17.10.89, gab es noch den Untertitel "Nachrichten aus dem Widerstand". Dieser wurde später fallengelassen. Das Tb stellte sich damals auch noch vor als "Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten" und als "offene Zeitung", in der "nicht alle Artikel vollinhaltlich der Meinung des Kollektivs entsprechen können". Auch das wurde fallengelassen.

Politisch noch deutlicher wird diese Wendung in einer scheinbar völlig unmotivierten Stellungnahme der TB-Redaktion in der minus-Nr.48. Darin heißt es: "Sexistische, rassistische oder offensichtlich falsche Inserats-Inhalte werden selbstverständlich nicht gedruckt."

Hier scheint es nur um die Ablehnung von Etikettenschwindel bürgerlicher Handelsunternehmen bzw. um die völlig korrekte und unbedingt erforderliche Ablehnung von reaktionärer und faschistischer Hetze zu gehen. Doch dem ist leider nicht so. Wie sich zeigt, steckt dahinter die Absicht, alles als "offensichtlich falsch" abzulehnen und zu zensieren, was dem TB nicht in den Kram paßt.

Das TB hat - wie seine Praxis inzwischen mehrfach beweist - die demagogische Kategorie "offensichtlich falsch" aus der Taufe gehoben, um politische Zensur gegen revolutionäre Inhalte durchzusetzen."

Es ist leider eine unbestreitbare Tatsache: Das TB ist in der Praxis bereits zur antikommunistischen Zensur übergegangen, es **praktiziert bereits genau das, was es zu bekämpfen vorgibt!**

Beispiel 1: 50. Jahrestag des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags im Sommer 1989:

Der 50. Jahrestag des Abschlusses des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags wurde zur Entfaltung einer wilden bürgerlichen Medienhetze gegen Stalin und die Stalinsche UdSSR benutzt. Diese wüste Haß- und Hetzoffensive lief eindeutig auf die direkte und indirekte Rechtfertigung und Reinwaschung des Hitlerfaschismus hinaus und half damit jene Atmosphäre vorzubereiten, in der heute die Haider und Rauters die offene Verherrlichung des Hitlerfaschismus hinauspöhlen können. Alles, was nicht in diese Hetzkampagne paßte, wurde vertuscht, geleugnet, zensuriert.

Die RF und die MLPÖ taten angesichts dessen das in ihren Kräften Stehende, um diese praktisch lückenlose antistalinistische und profaschistische Kampagne zu durchbrechen. Dies geschah durch die Verbreitung des Nachdrucks der Broschüre "Geschichtsfälscher - Der tatsächliche Verlauf der Vorbereitung und Entwicklung der Hitleraggression und des zweiten Weltkrieges" sowie durch die RF 239 "Stalin - konsequenter Fortsetzer auch der revolutionären Außenpolitik Lenins".

Der bürgerlichen Verleumdungsoffensive entgegen

"Bei der Ablehnung faschistischer Hetze nimmt es das TB jedoch nicht genau. Will's der Zufall, genau auf der selben Seite **rechtfertigt** es die TB-Redaktion, daß es seine Adressen einer Boku-Hochschulzeitung zur Verfügung gestellt hat, in der die **FPÖ-Studentenorganisation FSI** (auf 2 vollen Seiten!) ihren rassistisch-faschistischen Druck verbreiten kann (siehe TB minus 48, S.22).

genzutreten, war uns so wichtig, daß wir trotz unseres chronischen Geldmangels beschlossen, ein bezahltes Inserat für die Broschüre "Geschichtsfälscher" ins "TATblatt" zu geben.

Doch was tat da die sogenannte "Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten"? Dieses Blatt lehnte die Veröffentlichung unseres Inserates ab, d.h. beteiligte sich mit Fleiß an der Unterdrückung der unterdrückten Nachrichten, ließ es sich sogar einiges kosten, die Lückenlosigkeit der bürgerlichen, antistalinistischen Hetzkampagne ja nicht zu beeinträchtigen!

Beispiel 2: 40. Jahrestag des Oktoberstreiks 1950

Auch hier: Was wurde und wird hier unisono von den reaktionären Politikern und Medien, von Staberl bis Portisch, zusammengehetzt, gegefert, gelogen und verdreht - eine praktisch lückenlose Verfälschung der historischen Tatsachen.

Mit der Veröffentlichung der RF 243 "Der Oktoberstreik 1950" taten wir das in unseren Kräften Stehende, um dieser Hetze entgegenzutreten. Diese Nummer, die sich auf ein gewissenhaftes Quellenstudium, aber auch auf die Berichte noch lebender aktiver Teilnehmerinnen und Teilnehmer stützt, sollte und soll beitragen zur Aufhellung der wahren Sachverhalte, zur Widerlegung und Entlarvung der aus allen Rohren feuernden und sich der übelsten Mittel bedienenden reaktionären Meinungsmache, die den größten und leidenschaftlichsten Klassenkampf der österreichischen Arbeiterschaft in der Geschichte der 2. Republik mit Wut und Schmutz überhäuft.

Auch für diese Ausgabe der RF versuchten wir ein bezahltes Inserat ins "TATblatt" zu setzen. Doch was tat das TATblatt, die sogenannte "Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten", diese angeblich so "offene", so basisdemokratische, sich sogar immer noch "links" nennende Zeitung? Sie verzichtete trotz ihrer finanziellen Misere lieber auf Inserateinnahmen, als die Existenz und Beziebarkeit der RF-Nummer über den Oktoberstreik bekannt werden zu lassen und damit die Mauer der Lügen, Verleumdungen und Entstellungen anzutasten, mit der der mächtigste Klassenkampf des arbeitenden Volkes seit 1945 von der Reaktion umgeben wird!

Das Sekretariat der MLPÖ hat am 20. Mai 1991

* Schon im Frühjahr 1989 hat es das TB im Grunde bereits abgelehnt, eine Anzeige der MLPÖ abzuzeigen: Dem Wunsch nach einer Anzeige für den Sammelband "Dokumente des Kampfes um die Bewusstmachung und Revolutionierung der Arbeiterklasse" wurde nicht entsprochen. Aber immerhin war es noch möglich, ein A-4-Werbeblatt in das TB einzulegen.

auf diese beiden erzreaktionären Zensurmaßnahmen, die unter dem Motto des Kampfes gegen den "Stalinismus" vor sich gingen, protestiert." (Siehe Anhang, S.30)

Tatsächlich druckte das TB unseren Protest ab - jedoch offensichtlich so widerwillig und so voll Zorn, daß es ihm eine total außer Kontrolle geratene "Antwort" (siehe Anhang, S.32) anhängt, in der es die Hosen restlos herunterläßt: Die TATblatt-Redaktion gelobt sich und ihren Leserinnen und Lesern, "in Zukunft nichts mehr von der MLPÖ abzuzeigen", d.h. über sie, ihre Mitglieder und Sympathisanten bzw. auch jene, die sie als solche verdächtigt, eine totale Zensur, einen Maulkorb, ein Veröffentlichungsverbot für alle Zeiten zu verhängen! So sieht es also aus, das angeblich offene, pluralistische, demokratische, antiunterdrückerische, sich sogar "links" nennende "TATblatt"!

Der MLPÖ bzw. ihrem Zentralorgan "Rote Fahne" tut dieser hirnrissige Boykott- und Zensurbeschluß wirklich nicht sonderlich weh. Wir haben wahrhaftig schon viel schlimmeres gut überstanden. Dem TATblatt selber wird dieser reaktionäre Bocksprung, vorausgesetzt, daß es ihn aufrechterhalten kann, auf Dauer sogar weit mehr weh tun als uns. Um das zu wissen, braucht man kein Hellseher zu sein.

Was uns betrifft, werden wir im gegebenen Fall natürlich nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, sondern ganz im **Gegenteil!** Das antikommunistische Verhalten des TATblatts ist nämlich kein isoliertes Phänomen. Seit Monaten wird unter "Antiimps" und "Autonomen" und in diversen Organen eine sehr miese "Stalin-Debatte" geführt. In diese hat sich das Tb mit seiner Attacke gegen die MLPÖ nunmehr auch direkt eingereiht.

Wenn wir dem nicht nur im Kreis der Leserinnen und Leser der "Roten Fahne", sondern in der arbeitenden Bevölkerung unseres Landes überhaupt nicht sehr bekannten "TATblatt", das uns so gerne totschweigen möchte, eine eigene Ausgabe der "Roten Fahne" widmen, so also nicht wegen der Bedeutung des TB, sondern einfach deswegen, weil das Beispiel seines Verhaltens so **aussagekräftig und lehrreich** ist.

Am Beispiel des "TATblatts" wird nämlich besonders deutlich, wohin der Antistalinismus in der Konsequenz unvermeidlich führt, daß er der direkte Weg nicht nur zum Antimarxismus überhaupt, sondern zur Mißachtung und Verneinung alles dessen ist, was für den revolutionären Kampf wesentlich und lebensnotwendig ist.

In der sich auf ein umfangreiches System demagogischer Schlagworte und Phrasen stützenden kapitalistischen Ausbeutergesellschaft unserer Zeit herrscht eine umsichtig kontrollierte "Narrenfreiheit", sie bietet allen möglichen "Selbstverwirklichern", "Nichtkonformisten", "Andersdenkenden" und "Oppositionellen" eine vielgestaltige Spielwiese für allerlei Projekte, Modelle, Varianten usw., eine Art von Hyde-Park-Corner, in dem sie sich bewegen, reden und schreiben, agieren und auch "Widerstand leisten" dürfen, **solange sie sich dabei in den von den Herrschenden vorgegebenen Grenzen halten.** Erst wenn jemand diese Grenzen zu mißachten und zu überschreiten beginnt, hört sich der Spaß auf, setzt die offene Gewalt, die Zensur, das Verbot, der Terror ein, tritt das ganze Instrumentarium vom Polizeiprügel bis hin zu Maschinengewehren, Kanonen und Panzern in Aktion.

Auf ideologischem Gebiet ist die rote Linie, die nicht ungestraft überschritten werden darf, insbesondere mit der **Stalin-Frage** verbunden. Das Verhältnis zu Stalin und seinem Werk, zu den revolutionären Lehren, in denen Stalin das Wesentliche des Marxismus-Leninismus zusammengefaßt hat, ist seitens der Herrschenden zur Gretchenfrage gemacht worden, an der sie Freund und Feind unterscheiden. Hier hört sich für sie die "Demokratie" auf, hier haben sie die Grenzpfähle gesetzt, die Barrikade aufgebaut, welche die Fronten trennt.

So ist das Verhalten zu Stalin und seinem Werk heute aber auch zum entscheidenden Prüfstein nicht nur für Marxisten und Revolutionäre, sondern buchstäblich für jeden geworden, der sich als **wirklich links** stehend wähnt, was im Grunde ja nichts anderes heißt, als sich mit den grundlegenden Interessen der Arbeiterklasse so eng verbunden zu fühlen, daß man bereit ist, für diese Interessen opferbereit und wirkungsvoll zu kämpfen.

Das "TATblatt" mag sich hundertmal und noch öfter "links" nennen und sich dafür auch halten, es mag sich als noch so "kämpferisch", "Widerstand leistend" und sogar "revolutionär" aus-

geben - aber mit seinem in letzter Zeit immer mehr forcierten aggressiven Antistalinismus gerät es unweigerlich nach rechts, bleibt es zwangsläufig im ideologischen Pferch der Reaktion und Konterrevolution, wird es selbst Bestandteil der bürgerlichen Verblödungsmaschine.

Das "TATblatt" gebärdet sich immer wieder als alle Theorie, alle Ideologie, alle "ismen" mißachtend, als in dieser Hinsicht völlig frei und ungebunden. Doch das ist nur ein Teil der Wahrheit. Tatsächlich ist es ein Feind der **revolutionären** Theorie und Ideologie, damit aber unvermeidlich Gefangener bürgerlichen Bewußtseins, Propagandist bürgerlicher Theorie und Ideologie.

Das "TATblatt" setzt schon mit seinem Namen die Praxis in Gegensatz zur Theorie, will eigentlich nur die "TAT" als wesentlich gelten lassen. Von welcher Art aber seine "Taten" sind, ersieht man klar aus seinem Beschluß, über alles, was von der MLPÖ kommt, den Boykott und die totale Zensur zu verhängen.

Anhand der "Antwort" des Tb auf den Protest der MLPÖ werden wir Punkt für Punkt zeigen, welche diese Haltung herauskommt, wenn man links, aber nicht allzu links, oppositionell, aber nicht gar zu oppositionell, kämpferisch, aber nicht allzu kämpferisch sein will, kurz, wenn der Opportunismus und die Angst um das Geschäft oberstes Prinzip sind.

Dabei legen wir an das TATblatt selbstverständlich nicht den Maßstab einer revolutionären, marxistischen Organisation bzw. Zeitung an. Zum einen geht es darum, daß der antikommunistische Zensurbeschluß jedem fortschrittlichen Anspruch widerspricht. Da das Tb Gift und Galle gegen den Marxismus-Leninismus, gegen die Notwendigkeit und die Erfordernisse der proletarischen Revolution spuckt, müssen wir zum anderen vor allem darüber Klarheit schaffen. Insofern soll diese RF in erster Linie ein Beitrag zur Auseinandersetzung mit denjenigen Kräften sein, welche angesichts des angeblichen "Endsieg des Kapitalismus" nicht im konterrevolutionären, antikommunistischen Sumpf versinken, sondern für revolutionäre Ziele kämpfen möchten.

Warum die "TATBLATT"-Macher die MLPÖ durch Zensur, Boykott und Totschweigen "zudecken"* wollen

Die Reaktion des TATblatts auf das Schreiben des Sekretariats der MLPÖ vom 20.5.91 "Antikommunistische Zensur im TATblatt?!" zeigt mit aller Deutlichkeit, wo das Tb-Kollektiv politisch steht. Auch Leserinnen und Leser, welche sich nicht klar darüber sind, wie die UdSSR zur Zeit Lenins und Stalins einzuschätzen ist, waren vielfach entsetzt über die zynische Prinzipienlosigkeit, die Willkürmethoden, den ganzen unglaublichen politischen und ideologischen Sumpf, der sogleich sichtbar wird, wenn sich die Macher des Tb mit dem Marxismus-Leninismus konfrontiert sehen.

Manchen ist nur der Stil und die Methode der "Antwort des Kollektivs" übel aufgefallen, die offensichtlich alles andere sind als eine "prinzipielle Kritik an der Politik der MLPÖ".

In Wirklichkeit passen Art und Weise der Antwort zum Inhalt. Das zeigt sich, wenn wir uns die Hauptvorwürfe aus dem mehr als 3 Seiten langen antikommunistischen Gezeiter ansehen:

Das TATblatt druckt von der MLPÖ "nichts mehr" ab, weil diese nicht bereit ist, die Grundlagen des Marxismus-Leninismus über die Notwendigkeit der proletarischen Revolution über Bord zu werfen!

Das "TATblatt" behauptet, die MLPÖ sei eine "dogmatische Partei", welche die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin "weder hinterfragt", noch "im zeitlichen und gesellschaftlichen Zusammenhang" sehe, keine Kritik daran erlaube, ihnen Ewigkeitscharakter zuspreche usw. Jeder, der auch nur ein paar Nummern der "Roten Fahne" gelesen hat, weiß, daß das **blanker Unsinn** ist. Doch es geht in Wahrheit absolut nicht darum, daß die MLPÖ ein dogmatisches Verhältnis zum wissenschaftlichen Sozialismus habe, und das TATblatt nicht. Ebenso wenig geht es darum, daß die MLPÖ die Klassiker Marx, Engels, Lenin und Stalin als unkritisch ansehe würde. Unsere Haltung zur revolutionären Theorie als revolutionäre Handlungsanleitung und zu den Klassikern haben wir immer wieder eindeutig dargelegt."

Der springende Punkt ist, daß die MLPÖ die Grundlagen des Marxismus-Leninismus **nicht** als

ganz oder "teilweise falsch" ansieht. Das mit dem bürgerlichen "Zeitgeist" schwimmende TATblatt will der MLPÖ einen Strick daraus drehen, daß sie vor der **bürgerlichen** "Kritik" am Marxismus bzw. Leninismus keinen Kniefall macht, während das TATblatt mit der für bürgerliche Kritiker kennzeichnenden Oberflächlichkeit, mit blamabler Unwissenheit und bodenloser Ignoranz über den Marxismus herfällt.

Mit der Fragestellung, ob die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin "teilweise falsch" seien, treibt das TATblatt ein demagogisches Spiel. Denn ihnen geht es darum, diese Lehren als **im Wesentlichen**, als grundsätzlich falsch, schädlich und verabscheuungswürdig hinzustellen. Wie die anderen Marxfresser geht das Tb auf die **Grundlagen** des Marxismus los. Zum Beispiel gehört zumindest für "einige vom Wiener TATblatt-Kollektiv" der für die revolutionäre Praxis entscheidend wichtige materialistische Klassenbegriff auf den "Misthaufen der Geschichte" ("Noch einmal eine Stellungnahme aus dem Tb-Kollektiv", TB minus 68)

* Die Metternich-Methodik des "TATblatt-Kollektivs" ruft eine literarische Figur ins Gedächtnis, mit welcher der berühmte russische Schriftsteller Schtschedrin die zaristische Bürokratie anprangert. Dieser Figur, ebenso stupid wie aufgeblasen, mißfällt die Entdeckung Amerikas so sehr, daß sie einen Ukas erlassen will, Amerika sei wieder zuzudecken. Als der Bürokrat seine Weisung ausarbeitet, überkommen ihn allerdings einige Zweifel, ob "selbiges" vielleicht seine Möglichkeiten überschreitet. Ob das "TATblatt-Kollektiv" ähnlicher Einsicht fähig ist, bleibt abzuwarten.

** Vergleiche dazu: RF 176 "Die Bedeutung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus im Kampf gegen den modernen Revisionismus", in der RF 178 die Abschnitte "Die Studienmethode Stalins anwenden" sowie "Machten die Klassiker, machte Stalin keine Fehler?", in der RF 208 den Beitrag zur Frage des Dogmatismus.

SPENDET FÜR DEN RF-FONDS!

Am Beispiel des Verhältnisses zu den Produktionsmitteln

Marx bestimmte die Klassen bekanntlich in erster Linie, wenn auch nicht ausschließlich, nach ihrer Stellung im Produktionsprozeß.* Daraus folgt, daß es keine grundlegende Umwälzung der Gesellschaft geben kann, wenn die Produktionsmittel in der Hand der ausbeuterischen Minderheit bleiben. Das siegreiche Proletariat muß die Ausbeuter, vor allem das Monopolkapital, enteignen und die Produktionsmittel vergesellschaften. Sonst kann und wird sich grundsätzlich nichts ändern. Das ist und bleibt eine unumstößliche Wahrheit, an der auch noch soviel "kritisches Hinterfragen" nichts ändern kann. Natürlich kann man vor ihr die Augen schließen, sie teilweise oder ganz ignorieren, aber es fragt sich, wem man damit hilft.

Als "Weiterentwicklung" dieser Wahrheit bieten "einige vom Wiener TATblatt-Kollektiv" an:

"Unser Ansatz: Nicht das Verhältnis zu den Produktionsmitteln ist entscheidend, sondern jenes zum bereits geschaffenen Reichtum (ohne Umweg über die Maschine)." (Ebenda)

Das klingt, als sei nachgedacht worden, bedeutet in Wirklichkeit aber plattesten Reformismus. Es ist ein beliebtes Steckenpferd von angehenden oder altgedienten Berufsreformisten, Vorschläge zur "Umverteilung" des "bereits geschaffenen Reichtums" zu machen, auf SP-Parteitage "Einkommensobergrenzen" zu beantragen usw.. Aber was ist der Witz dieser "kritischen Hinterfragung" und "Weiterentwicklung" von Marx? Ihr ganzer Sinn und Zweck ist es, die Illusion zu verbreiten, daß ohne Änderung der bestehenden kapitalistischen Eigentums- und Produktionsverhältnisse eine andere, gar "gerechte" Verteilung denkbar sei. Wem es hilft, den arbeitenden Menschen solcherart die Revolution auszureden und ihnen die Beibehaltung der Grundlagen des kapitalistischen Systems zu empfehlen, liegt auf der Hand!

Als neueste Erkenntnis und schöpferische Weiterentwicklung präsentiert das Tb also altbekannten Reformkäse."

* Um Klassen und Schichten exakt bestimmen und voneinander abgrenzen zu können, müssen eine Reihe von Kriterien herangezogen werden:

- Platz in der gesellschaftlichen Produktion,
- Beziehung zu den Produktionsmitteln,
- Rolle bei der Leitung, Planung und Organisation der Produktion,
- Art und Höhe des Einkommen.

** Vgl. dazu Karl Marx, Kritik des Gothaer Programms, MEW 19, S.22.



Am Beispiel der Frage der Befreiung der Frau.

Das Tb wirft der MLPÖ vor, sie habe sich nie damit auseinandergesetzt, "daß Marx und Engels die Unterdrückung der Frau als Nebenwiderspruch sahen". Als Beleg "dazu" wird Engels angeführt:

"Eine wirkliche Gleichberechtigung von Frau und Mann kann meiner Überzeugung erst Wahrheit werden, wenn die Ausbeutung beider durch das Kapital beseitigt (...) ist."
(MEW 36, S.341, MLSK-Vorwort S.11)

Die Aussage von Engels ist absolut richtig: Ohne Zerschlagung der kapitalistischen Ausbeuterordnung kann es eine "wirkliche Gleichberechtigung von Frau und Mann" nicht geben. Oder doch? Dann ist die soziale Revolution unnötig, dann reicht es, für Quotenregelungen, Aufteilung der Hausarbeit usw. im bestehenden kapitalistischen Rahmen zu kämpfen, ohne diesen Rahmen zu zerbrechen und zu beseitigen.

Wieder tritt also die Tendenz der "Argumentation" des Tb klar zutage: den werktätigen Massen die Revolution auszureden, ihnen vorzugau-

Fortsetzung auf Seite 8

Warum kann nur die sozialistische Revolution die tatsächliche Gleichberechtigung von Frau und Mann verwirklichen?

* Bei der Frage der Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann geht es nicht um formale, juristische Gleichheit allein und auch nicht vor allem darum. Denn diese ist im Kapitalismus stets mit der ökonomischen und folglich auch sozialen Ungleichheit verbunden. Es geht entscheidend um die **wirkliche Gleichberechtigung im tagtäglichen Leben**.

Und selbst die formale Gleichheit zwischen Frau und Mann, die rein theoretisch im Kapitalismus möglich wäre, ist in Wirklichkeit in keiner noch so demokratischen kapitalistischen Republik realisiert. Das Gewicht der gesamten Geschichte der Ausbeuterordnungen, die Tradition der Unterdrückung der Frau, die ganze reaktionäre Ideologie in dieser Frage verhindern selbst eine bürgerlich-formale Gleichberechtigung, und Heuchelei und Phrasen sollen den realen Zustand überdecken.

Die proletarische Frauenbewegung muß diese Heuchelei anprangern und natürlich stets auch die formale Gleichberechtigung fordern und dafür kämpfen. Doch macht sie zu ihrer **Hauptaufgabe** nicht den Kampf für eine formale Gleichheit, sondern für die **ökonomische und soziale Gleichheit der Frau**.

* Nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wurden die an sich bürgerlich-demokratischen Forderungen in Fragen der Ehescheidung, der Gleichbehandlung von ehelichen und unehelichen Kindern u.a.m. radikal durchgesetzt, juristisch wurde die Gleichheit der Frauen verankert. Doch dies reicht nicht aus und ist nur der erste Schritt. Denn es geht vor allem darum, die **ökonomische Grundlage** für die wirkliche Befreiung der Frau zu schaffen, d.h. Vergesellschaftung der Hausarbeit (auf der Grundlage und im Zusammenhang mit der Vergesellschaftung der Produktion in Stadt und Land), um dadurch die "Hausklaverei" zu beseitigen.

* Die Schaffung der juristischen und vor allem der materiellen Bedingungen für die Befreiung der Frau unter der Diktatur des Proletariats muß - ebenfalls wie in den Zeiten der Vorbereitung der proletarischen Revolution - mit dem systematischen und unermüdlichen, wohl überlegten und treffsicheren **Kampf gegen alle rückständigen Ideologien** verbunden werden.

Das bedeutet Kampf gegen den "Herrenstandpunkt der Männer", wie Lenin einmal formulierte, gegen die religiösen und sonstigen Theorien und Vorurteile von der angeblichen Unterlegenheit der Frauen u.a.m., es bedeutet auch Kampf gegen die knechtenden Ideen über die Rolle der Frau in den Köpfen der Frauen selbst. Gerade auch im Hinblick auf die Frauenfrage ist zentral, was Lenin über die Aufgaben der Diktatur des Proletariats im "Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft" sagt:

"Die Diktatur des Proletariats ist ein zäher Kampf, ein blutiger und unblutiger, gewaltsamer und friedlicher, militärischer und wirtschaftlicher, pädagogischer und administrativer Kampf gegen die Mächte und Traditionen der alten Gesellschaft. Die Macht der Gewohnheit von Millionen und aber Millionen ist die **fürchterlichste Macht**."

(Lenin, Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, 1920, LW 31, S.29)

Und es muß bewußt sein, daß von der erfolgreichen Lösung dieser Aufgabe das ganze Schicksal der Diktatur des Proletariats, das Schicksal der Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung der werktätigen Frauen wie des Proletariats und der Werktätigen überhaupt abhängt.

* Bei der Realisierung all dieser Aufgaben des sozialistischen Aufbaus und der Revolution muß bewußt sein, daß **die Befreiung der Arbeiterinnen das Werk der Arbeiterinnen selbst sein muß**. Sie müssen sich immer mehr und immer umfassender an **allen Aufgaben der Revolution beteiligen**. Dies bedeutet auch die Einbeziehung der Frauen in die bewaffneten proletarischen Kräfte wie in alle anderen Bereiche der proletarischen Diktatur.

Fortsetzung von Seite 6

keln, alles ließe sich auch **ohne** Revolution, unter Beibehaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, zum Besten wenden.

Im übrigen haben Marx und Engels die Unterdrückung der Frau nie als "Nebenwiderspruch" bezeichnet. Der Marxismus hat vielmehr nachgewiesen, daß die Unterdrückung der Frau ein **Teil der sozialen Frage** ist.*

In seinem Werk "Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" hat Engels den kommunistischen Standpunkt zur Frauenfrage tiefgehend historisch-materialistisch begründet und erläutert. Engels weist in diesem Werk den Zusammenhang nach zwischen der **Entstehung der Klassenteilung** in Unterdrückende und Unterdrückte, in Ausbeuter und Ausgebeutete, zwischen der **Entstehung des Staates** als Werkzeug der herrschenden Klasse und der beginnenden **Unterdrückung der Frauen**.

Der geschichtliche Nachweis, daß es auch ein Matriarchat, eine Vorherrschaft der Frau, gab, ist wichtig, um das Märchen von der "ewigen Überlegenheit" der Männer zu Fall zu bringen. Noch wichtiger aber ist der Nachweis von Engels, daß die **Unterdrückung überhaupt nicht naturge-**

geben ist, sondern daß es Zeiten gab, in denen die Gesellschaft **ohne jegliche Unterdrückung** auskam, und Frauen und Männer - durch die Verhältnisse der Urgesellschaft bedingt - sich weder gegenseitig noch untereinander unterdrückten.

Das Wissen um diese historischen Zusammenhänge und Entwicklungen erleichtert somit auch heute die wissenschaftliche Überzeugung, daß es **möglich sein wird**, auf der Basis des radikalen Brechens mit allen ausbeuterischen Produktionsverhältnissen und allen Ideologien, die diese Verhältnisse zementieren helfen, auf einer höheren Stufe der geschichtlichen Entwicklung gesellschaftliche Verhältnisse entstehen zu lassen, in denen die Klassenunterschiede beseitigt werden, und auch die **Unterdrückung der Frau, wie jede andere Unterdrückung endgültig der Geschichte angehören wird**.

Das TATblatt wirft sich in die Pose eines ganz besonderen Vorkämpfers für die Befreiung der Frau und tut so, als ob es den Kampf dafür mit äußerster Konsequenz führe. Mit seiner reformistischen, gegen die Revolution gerichteten Linie wendet es sich in Wahrheit aber **gerade gegen die Hauptvoraussetzung** einer wirklichen und vollständigen Befreiung der Massen der ausgebeuteten Frauen.

Doch all das ist den Ignoranten vom "TATblatt" offenbar egal, denn sie wollen es um jeden Preis so hinstellen, als ob die Unterdrückung der Frau für den Marxismus sozusagen eine **Nebensache**, etwas Minderwichtiges sei, um das zu kümmern sich nicht lohne. Welch miese Verleumdung das ist, braucht wohl nicht unterstrichen zu werden.

* Das Schema von Haupt- und Nebenwidersprüchen stammt überhaupt nicht von Marx und Engels, sondern von **Mao Tsetung**, der diese Begriffe jedoch als **philosophische Kategorien** verwendete und dem es nicht einfiel, sie mechanisch auf ökonomische und politische Zusammenhänge zu übertragen. Daher hat auch Mao Tsetung die Unterdrückung der Frau niemals als "Nebenwiderspruch" bezeichnet.

Studiert und diskutiert:

Bestellungen an:

Zentraler Literaturdienst

Postfach 582

1150/9 Wien



Das TATblatt druckt von der MLPÖ "nichts mehr" ab, weil sie dafür kämpft, daß die ausgebeutete Mehrheit den Sozialismus gegen die Minderheit der Ausbeuter MIT ZWANG durchsetzt!

In der "Antwort" des Tb-Kollektivs tritt alles in den Hintergrund gegenüber dem Vorwurf der "Verharmlosung, ja sogar Leugnung der Morde der Stalin-Ära".

Um die absolute Zensur der MLPÖ im TATblatt plausibel erscheinen zu lassen, spekuliert das Tb hier bewußt auf die Wirkung der tagtäglichen antikomunistischen Hetze. Es braucht diese Nebelwand aus Vorurteilen, um die eigene antirevolutionäre Position zu verdecken. Das TATblatt ist nämlich der Meinung, daß Freiheit und Sozialismus **"nicht erzwungen"** werden könnten. Dies zu betonen ist dem Tb so wichtig, daß es weiter hinten gleich noch einmal unterstreicht:

"Unsere Vorstellungen von Freiheit, von solidarischen Gesellschaftsstrukturen, von Arbeit ohne Ausbeutung usw. beinhalten, daß diese den Menschen nicht mit Gewalt und/oder Bürokratie aufgezwungen werden; und zwar nicht (nur) aus Träumerei, sondern aus der Erkenntnis, daß es nichts gibt, was Menschen auf Dauer aufgezwungen werden kann" (vgl. auch S.19)

"Menschen, Menschen sind wir alle!" - das ist die Quintessenz der politischen Strategie des "TATblatt-Kollektivs". Daß es in der Gesellschaft verschiedene **Klassen** gibt, deren Interessen einander unversöhnlich gegenüberstehen, weil die einen **auf Kosten der anderen** und zu deren Nachteil leben, sie **ausbeuten** und zu diesem Zweck **unterdrücken** - davon hat das "Tb-Kollektiv" offenbar noch nie was gehört!

Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Natürlich kann der Sozialismus nicht der **Arbeiterklasse** aufgezwungen werden. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter-

klasse **selbst** sein.

Aber das Proletariat als Klasse und die anderen Ausgebeuteten als Masse sind nicht überhaupt **"die Menschen"**. Es gibt sehr wohl Menschen, sogar eine ganze Klasse von Menschen, welchen das Proletariat seinen Willen **aufzwingen** muß: Das sind die Bourgeoisie und die

"Heutzutage gibt es auch Leute genug, die den Arbeitern von der Unparteilichkeit ihres höheren Standpunkts einen über allen Klassengegensätzen und Klassenkämpfen erhabenen Sozialismus predigen. Aber sie sind entweder Neulinge, die noch massenhaft zu lernen haben, oder aber die schlimmsten Feinde der Arbeiter, Wölfe im Schafspelz."

(Engels, Vorwort zur zweiten deutschen Auflage (1892) der "Lage der arbeitenden Klasse in England", MEW 22, S.321)

★

"Wer nach den Erfahrungen sowohl Europas als auch Asiens von einer nicht-klassenmäßigen Politik und einem nicht-klassenmäßigen Sozialismus spricht, der verdient, einfach in einen Käfig gesperrt und neben irgendeinem australischen Känguruh zur Schau gestellt zu werden."

(Lenin, Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx, 1913, Werke Bd.18, S.579, Kursivschrift im Original)

* Beim "TATblattkollektiv" ist es so wie bei dem Tölpel, der immer nur "Bahnhof" versteht, egal, wovon die Rede ist. Worum immer es geht, es versteht immer nur "Stalin". Sowohl die "Kritik" an der MLPÖ, als auch die "Kritik" an der Broschüre "Geschichtsfälscher", sogar auch die "Kritik" an der RF-Nummer zum Oktoberstreik 1950 - alles stellt das "TATblatt-Kollektiv" unter die Spitzmarke "Stalin-Diskussion". Dementsprechend ist auch das, was den Herrschaften an der Arbeit der RF über den österreichischen Oktoberstreik 1950 so sehr mißfällt, daß sie gleich mit Zensur und Boykott reagieren, daß darin die **"Ursachen und Auswirkungen des Stalinismus"** "verschleiert" würden und nicht aufgezählt wird, wieviele Menschen ihm in der UdSSR, in der CSSR, in Ungarn, in Bulgarien zum Opfer gefallen seien. Es ist wie bei dem bekannten Sketch von Ernst Waldbrunn, in dem diesem ein Buch von Karl Marx in die

Hände gerät, er diesen mit Karl May verwechselt und sich dann darüber aufregt, daß selbst auf Seite 100 immer noch keine Indianer vorkommen.

Der MLPÖ und der RF kann wahrlich niemand vorwerfen, daß sie ihr Verhältnis zu Stalin, zu seinem theoretischen und praktischen Werk, zu seiner Politik usw. auch nur im mindesten "verschleiern", über irgend ein Thema dabei nicht offen und offensiv zu diskutieren bereit sei. Aber hätten wir das zum Hauptthema einer Analyse des größten Streikkampfes der österreichischen Arbeiterinnen und Arbeiter in der 2.Republik machen sollen? Wer einen so gewaltigen antistalinistischen Tick hat wie das "Tb-Kollektiv", wer eine so behandlungsbedürftige Fixierung mit sich herumschleppt, gehört zum Psychiater und nicht in eine Zeitungsredaktion.

Großgrundbesitzer sowie die ihnen dienenden Reaktionäre. Diese haben millionenfach bewiesen, daß sie nicht davor zurückschrecken, Tausende und Millionen abzuschlachten, um ihr Ausbeuterparadies aufrecht zu erhalten. Für ihren Profit hetzen sie immer wieder die Völker in imperialistische Kriege, und werden nach ihrem Sturz selbstverständlich mit allen Mitteln (Sabotage, Verschwörungen, Attentate usw.) ihren Widerstand verstärken.

Die Position des TB ist unvereinbar mit dem wirkungsvollen antifaschistischen Kampf, der nur vorankommen kann, wenn den Nazibanden - in Verbindung mit Massenmobilisierung und Massenaufklärung - die Zerschlagung ihres verbrecherischen Treibens "aufgezwungen" wird.

Und mehr noch: Die Ablehnung des Zwangs des Proletariats, d.h. seiner im Bündnis mit den ande-

Das TATblatt druckt von der MLPÖ "nichts mehr" ab, weil die MLPÖ nicht bereit ist, den Sozialismus als "Terrorregime" zu verleumden, in dem alle "Andersdenkenden" verfolgt und liquidiert würden

Von jeher verteuflern die zum Untergang verurteilten Reaktionäre jede wirkliche Revolution bzw. alle Ansätze dazu und verbreiten die wüstesten Greuelmärchen, um die von ihnen Ausgebeuteten in ihrer geistigen und materiellen Botmäßigkeit zu halten. So war das schon bei der Hetze gegen die Pariser Kommune 1871, gegen die Spartakisten der Novemberrevolution 1918 in Deutschland, gegen die ungarische Räterepublik usw.

Ganz besonders gilt dies natürlich für die **Oktoberrevolution 1917**, welche den bisher tiefsten Einschnitt in der Menschheitsgeschichte markiert. Zunächst wurde gespottet, daß sich die "barbarischen" Bolschewiki sowieso nicht lange halten würden. Aber trotz der militärischen Intervention von 14 imperialistischen Ländern, trotz Wirtschaftsblockade, konterrevolutionärem Terror und Sabotage gelang es den Arbeiterinnen und Arbeitern der Sowjetunion, im Bündnis mit der Dorfarmut, das Alte niederzureißen und das Neue aufzubauen, der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen die entscheidenden Grundlagen zu nehmen, eine gewaltige Kulturrevolution durchzuführen. Zum erstenmal in der Geschichte wurde mehr als 3 Jahrzehnte lang, unter ungeheuren Opfern und Schwierigkeiten, praktisch bewiesen, daß die Millionenmassen ohne kapitalistische Anreize und Herren ihr Leben selbst organisieren und gestalten können.

Dieses Beispiel war weltweit, von China bis USA, von Südafrika bis Skandinavien, ein unge-

ren Werktätigen gegen die Ausbeuter ausgeübten **Diktatur** ist gleichbedeutend mit der Verewigung der bestehenden "Ordnung", mit der **Aufrechterhaltung eines anderen, viel massenhafteren Zwanges, des Zwanges der Lohnsklaverei, des Hungers, der Massaker usw.** Das bedeutet eine Politik, welche angebliche "antihierarchische, antikapitalistische, antipatriarchale und antirassistische Lebensformen" verwirklichen will, aber dabei gleich von vornherein beteuert, dabei würde beileibe **niemandem** auch nur das geringste aufgezwungen. Die Kapitalisten und Hierarchen, die Rassisten und Patriarchen - alle diese Wölfe, werden sich plötzlich, das "TATblatt" schwingend, in sanfte Lämmer verwandeln und den von ihnen Ausgebeuteten und Unterdrückten plötzlich mit Tränen in den Augen versichern, sowas Schlimmes nie wieder zu tun?

heurer Ansporn für den Befreiungskampf gegen Imperialismus und Kapital.

Die Weltbourgeoisie dagegen sah in der Existenz des Sozialismus, noch dazu auf einem Sechstel der Welt, den Vorausboten des eigenen Untergangs, eine gefährliche Bedrohung ihrer Ausbeuterherrschaft. Das ist der ganze Grund, warum sie den Sozialismus mit allen Mitteln zu verunglimpfen, bekämpfen und zu vernichten suchten. Dazu bedienten und bedienen sie sich auch der Demagogie, die Zwangsmaßnahmen gegen die Ausbeuter (Kapitalisten, Großgrundbesitzer und Großbauern) als "unmenschlichen Terror", als "entsetzlichen Massenmord" hinzustellen, wobei sich die Herren Ausbeuter stets mit der ganzen Menschheit verwechseln.*

Jene, welche den Massen im Prinzip nur die Wahl lassen zwischen Pepsi und Coca Cola, betreiben zugleich die Hetze, daß es im Sozialismus nur noch "eine graue Masse" oder "blaue Ameisen" (Kulturrevolution in China!) gäbe, daß "alle gleich denken" müßten ("Gehirnwäsche") usw.

Das TATblatt hat nun die traurige Aufgabe über-

* Im "kleinen" können wir das ja auch heute bei uns anhand der Hetze der Herrschenden z.B. gegen die Anti-Opernball-Proteste erleben. Als sich 1987 etwa ein Polizist beim Überklettern der Absperrung das Bein verknöchelte, erklärte Bleche, daß Demonstranten ihm mit einer Schaufel "fast den Fuß abgetrennt" hätten. (Siehe RF 227 "Polizeistaat in Aktion", S.5)

nommen, in das selbe Horn zu stoßen. Da ist die Rede davon, daß unter Stalin die "konsequente Verfolgung von Andersdenkenden, die Zwangskollektivierungen und die Industrialisierung der Sowjetunion zum Tode von Millionen von Menschen führte", daß dort eine "planmäßige Ausrottung der Opposition" betrieben worden sei usw., oder daß es dort so zugegangen sei: "Einer hat geführt; andere haben ausgeführt, durchgeführt..."

Das ist eine bodenlose Verleumdung der sozialistischen Demokratie, wo die Volksmassen zum erstenmal die Macht und die Freiheit hatten, die Politik in die eigenen Hände zu nehmen, wo sie Druckereien, Versammlungsräume, ihre eigenen Zeitungen usw. hatten, wo sie ihre Vertreter/innen nicht nur demokratisch wählten, sondern jederzeit auch abwählen konnten, wo es keine Geldsäcke gab, welche die Abgeordneten "kaufen", wo die Möglichkeit zur Kontrolle "von unten" keine leere Phrase war, sondern eine Lebensgrundlage der proletarischen Macht selbst darstellt.

Freilich, von all dem ist in der Sowjetunion und allen anderen ehemals sozialistischen bzw. auf dem Wege zum Sozialismus befindlichen Ländern **heute keine Spur mehr** zu sehen, ist längst alles ins **Gegenteil** verwandelt.

Aber ist daran Stalin oder der "Stalinismus" schuld? Nein, überhaupt nicht! Genau das ist ja das Werk jener revisionistischen Verräter an der Revolution und am Sozialismus, die dort vor meist schon vier Jahrzehnten an die Macht kamen und **unter dem Motto des "Kampfes gegen den Stalinismus"** die sozialistische Demokratie, die Diktatur des Proletariats, die sozialistische Wirtschaft, den proletarischen Staat usw. **in eine abstoßende Karikatur verwandelt**, die Ausbeuterordnung wieder eingeführt und sich selbst als neue schmarotzerische Ausbeuterklasse etabliert haben.

* Eine solche Verleumdung ist auch die in einer Fußnote abgelagerte Behauptung der "Ersetzung der Fabriksräte durch der Hierarchie verantwortliche Betriebsleiter im Jahr 1918".

Welche "Hierarchie" denn, bitte sehr? In der UdSSR gab es 1918 natürlich weiterhin die von unten nach oben gewählten, ihren Wählerinnen und Wählern gegenüber rechen-schaftspflichtigen und jederzeit abwählbaren **Sowjets**. Die **Sowjetmacht** und nicht irgendeine "Hierarchie" setzte aus Gründen der revolutionären Zweckmäßigkeit verantwortliche Betriebsleiter ein. Denn es hatte sich herausgestellt, daß für die dringend erforderliche Reorganisation der Wirtschaft, für die Überwindung von Verantwortungslosigkeit und Schlamperei, die Festlegung einer individuellen Verantwortlichkeit **gegenüber den revolutionären Machtorganen** der Massen unverzichtbar war. Das als herrschende Klasse organisierte Proletariat stellte dabei selbstverständ-

So logen sie früher - und so lügen sie alle Tage!

Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus
Berlin 10 8, Schillingstraße 7 • • • • • Leipzig: Amt für Arbeit Nr. 6178

Deutsche Frauen!

Mht ihr, womit euch der Bolschewismus und Spartafismus bedroht?

Der Bolschewismus will die Sozialisierung der Frauen! Er degeneriert das gesamte weibliche Geschlecht!

Die weiblichen Ausschüsse sind, wie einseitig dem Bolschewismus mit der weiblichen

1. Der Bolschewismus will die Frauen politisch und geistig zu einem Niveau herabziehen, wie es nur für die Tiere gilt.
2. Die Bolschewisten wollen die Frauen als bloße Sklavinnen des Mannes.
3. Die Bolschewisten wollen die Frauen als bloße Sklavinnen des Mannes.
4. Der Bolschewismus will die Frauen als bloße Sklavinnen des Mannes.
5. Der Bolschewismus will die Frauen als bloße Sklavinnen des Mannes.
6. Der Bolschewismus will die Frauen als bloße Sklavinnen des Mannes.
7. Der Bolschewismus will die Frauen als bloße Sklavinnen des Mannes.

Denk ihr nicht, daß euch bei uns der weibliche Ausschuss in je höherer Stellung

Denn zeigt, daß ihr den Ernst der Zeit erkennt, schließt euch euch gegen Bolschewismus und Spartafismus geschlossen! Helfet auch ihr Arbeit, eine Bode nach ihrem Vermögen! Denkt euch an was, wir werden euch den Weg weisen, wie ihr helfen könnt.

Vereinigung zur Bekämpfung des Bolschewismus
Berlin 10 8, Schillingstraße 7 • • • • • Leipzig: Amt für Arbeit Nr. 6178
Vertrieb: Lohmann-Gesellschaft, Haupt-Post-Vertrieb Nr. 6178 • • • • • Postfach 11781

Und gerade die Verbrechen dieser wilden Antistalinen, dieser angeblichen Vorkämpfer für Demokratie und Freiheit, sowie die zwangsläufigen Folgen dieser Verbrechen bilden heute den Großteil dessen, was Stalin und dem "Stalinismus" vorgeworfen wird!

Sehen wir uns an, was es mit den Behauptungen des Tb im Einzelnen auf sich hat.

lich Leute auf den Posten von Betriebsleitern, welche sowohl fachlich gut als auch politisch dem Proletariat ergeben waren. Dazu kam die Kontrolle ihrer Tätigkeit durch die Gewerkschaften, durch die Arbeiter- und Bauerninspektion, und besonders durch die Arbeiterinnen und Arbeiter selbst, welche immer wieder auch Betriebsdirektoren absetzen ließen und jedenfalls über ihre eigene, demokratisch-zentralistisch organisierte Sowjetmacht **das letzte Wort** zu sprechen hatten.

Daß die Fixierung einer gewissen individuellen Verantwortlichkeit notwendig ist, wenn wirklich gekämpft werden soll, wenn effektiv etwas erreicht werden soll, soll mitunter auch schon manche/r Autonome erkannt haben. Wem es allerdings nur auf hohles Geschwätz oder selbstbefriedigende Frühstückssaktionen in der Art "Wir kommen und gehen, wann wir wollen" ankommt, dem wird dies unverständlich bleiben.

Unnötige Opfer bei der sozialistischen Industrialisierung der UdSSR zur Zeit Lenins und Stalins?

Die mehr als 35-jährige Praxis in der UdSSR bis zum Tode J.W. Stalins zeigt, daß der Aufbau einer neuen sozialistischen Gesellschaft sehr wohl "klappen" kann, selbst unter den härtesten Bedingungen eines wirtschaftlich nicht hochentwickelten und durch den Krieg stark zerstörten Landes, selbst unter den Bedingungen einer völligen imperialistischen Umkreisung.

Allen Unkenrufen zum Trotz überwand die Arbeiterklasse und die von ihr geführte werktätige Bauernschaft selbst unglaubliche Hindernisse und verwandelte in einer kurzen Frist von kaum zwei Jahrzehnten das wirtschaftlich zurückgebliebene Land in einen mit moderner Technik ausgestatteten sozialistischen Staat.

Die Delegationen von Arbeiterinnen und Arbeitern, die damals aus aller Welt die UdSSR besuchten, waren tief beeindruckt von dem Enthusiasmus, mit dem Arbeiterinnen und Arbeiter, die Bäuerinnen und Bauern der Sowjetunion an den Aufbau der neuen Welt des Sozialismus gingen. Selbst bürgerliche Reporter mußten das zugeben. Und diese Begeisterung war kein Tagtraum von fanatisch "Verblendeten", sondern stützte sich auf beeindruckende Tatsachen:

* Der 1.Fünfjahrplan (1929-1933) mit seinen von den Reaktionen sowie ihren sozialdemokratischen und trotzkistischen Lakaien belächelten, für unerfüllbar erklärten hochgesteckten Zielen wurde vorfristig, innerhalb von vier Jahren erfüllt und übererfüllt.

* Zu einer Zeit, da die gesamte kapitalistisch-imperialistische Welt immer tiefer im Sumpf der Krise versank, Millionen von Arbeiterinnen und Arbeitern auf die Straße geworfen wurden und die Lebenshaltung der Massen immer mehr herabgesetzt wurde, wurde in der UdSSR die Arbeitslosigkeit beseitigt, wurde der Lebensstandard, das kulturelle Niveau der Werktätigen systematisch erhöht.

* Während die Werktätigen der alten Welt des Kapitalismus unter der galoppierenden Inflation litten (Reallohnabbau), blieben die Preise in der UdSSR nicht nur stabil, sondern wurden im Laufe der Zeit sogar herabgesetzt.

Die Aufzählung dieser unleugbaren Fakten ließe sich lange fortsetzen. Diese großen Erfolge waren nicht nur möglich wegen der Überlegenheit des sozialistischen Wirtschaftssystems, sondern waren auch Ergebnis der lebendigen **proletarischen Demokratie**. Zum Beispiel wurden die



In einer Abteilung des Kiewer Werks "Bolschewik" berät eine Agitatorin Anfang der Fünfzigerjahre die Materialien einer Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR mit den Werktätigen.

Wirtschaftspläne keineswegs von oben her bürokratisch verordnet. Die Planentwürfe wurden vielmehr in allen Betrieben und Werken von den arbeitenden Massen beraten. Die vorgeschlagenen Planziele wurden überprüft. Es wurden regelrechte "Gegenpläne" aufgestellt, welche die Daten der Planentwürfe überboten, korrigierten und in vielen Fällen änderten. Erst im Ergebnis umfassender Massenberatungen wurden die entscheidenden Planziele festgelegt, die nun die Beteiligung und Initiative von Millionen von Erbauern des Sozialismus widerspiegelten. Und auch bei der praktischen Durchführung des beschlossenen Plans kam die selbständige Aktivität der Werktätigen voll zum Tragen, wurden noch weitergehende Ziele angegangen und neue Wege beschritten.

Kommen wir nun zu dem "üblichen" Einwand, daß diese Erfolge, die kaum jemand ernsthaft bestreiten kann, durch Opfer erkaufte gewesen seien, die "zu groß" und "barbarisch" gewesen seien.

Aber so kann nur urteilen, wer die Aufgaben und Bedingungen der Revolution völlig übersieht. Lenin stellte schon im Jahr 1917 fest:

"Der Krieg ist unerbittlich, er stellt mit schonungsloser Schärfe die Frage: entweder untergehen oder die fortgeschrittenen Länder **auch ökonomisch** einholen und überholen... Untergehen oder mit Voldampf vorwärtsstürmen. So wird die Frage von der Geschichte gestellt."

(Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll, 1917, LW 25, S.375, Hervorhebung im Original)

Die Bolschewiki unter Führung Lenins und dann Stalins hielten sich eisen an die damit vorgegebene Linie. Das war unbedingt notwendig, denn es zeichnete sich schon früh ab, daß der Weltimperialismus nicht darauf verzichten würde, neue Versuche zu unternehmen, die Sowjetmacht militärisch zu vernichten. Dem konnte nur standgehalten werden, wenn die Sowjetmacht eine starke industrielle Basis, vor allem eine leistungsfähige Schwerindustrie bekam, die sie bis dahin nicht hatte. Die vorrangige Herstellung von Produktionsmitteln erhielt unter diesen Bedingungen eine noch um vieles gesteigerte Bedeutung. Stalin bemerkte dazu bei der Besprechung der Ergebnisse des 1.Fünfjahrplans, daß die Partei gezwungen war, das Land gleichsam "anzupeitschen", um seinen Vormarsch zu beschleunigen (siehe Stalin-Werke Bd.13, S.164). Stalin sprach mit bolschewistischer Offenheit darüber, daß tatsächlich weniger Massenbedarfsartikel erzeugt wurden, als benötigt wurden. Doch die KPdSU(B) konnte, ja sie durfte als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse nicht anders handeln. Sonst hätte sie sich der Möglichkeit beraubt, den Sieg über die kapitalistischen Elemente zu erringen. Sonst hätten sich "die Chancen für eine Restauration des Kapitalismus unermesslich erhöht" und die Sowjetmacht wäre einer militärischen Intervention fast wehrlos gegenübergestanden (siehe Stalin ebenda, S.164).

So sieht das mit den "Opfern" tatsächlich aus. Dies zeigt, daß jede Abschwächung des Tempos, das für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen in der Tat auch mit Mühen und erheblichen Opfern verbunden war, nur im Interesse des Weltimperialismus gelegen wäre. Wäre den kapitulanten Thesen der "Opposition", Trotzki's, Bucharins, Sinowjews usw. gefolgt worden, die das Tempo abschwächen wollten, es als "wahnwitzig" denunzierten, so hätte die UdSSR dem vom Weltimperialismus angestachelten Überfall der Hitlerfaschisten auf die Sowjetunion niemals standhalten können.

Die Massen verstanden aber, daß solche zeitweiligen Opfer notwendig waren und in ihren ureigensten Interesse lagen, um das Überleben ihrer Arbeitermacht gewährleisten, um den Aufbau des Sozialismus schützen zu können.

* Zum Beispiel wurde unter dem Vorwand, mehr für die Befriedigung der Konsumbedürfnisse der Bevölkerung tun zu wollen, das Primat der Produktion von Produktionsmitteln aufgeweicht. Bei diesem "Gulaschkommunismus" konnten aber nur kurzfristige "Erfolge" herauskommen, weil ohne vorrangige Herstellung von Produktionsmitteln die reibungslose Entwicklung der Ökonomie, die erweiterte Reproduktion, nicht vonstatten gehen konnte. Stagnation und Krisen wurden unvermeidlich.

Vgl. dazu ausführlich RF 230 "Nur eine neue Oktoberrevolution kann den Sozialismus in der UdSSR wiederherstellen".

Wie lebensnotwendig das war, zeigte sich 1941. Die Arbeiterinnen und Arbeiter, Bäuerinnen und Bauern, die Völker der UdSSR, mußten in einem Kampf auf Leben und Tod die Errungenschaften der Oktoberrevolution, ihr sozialistisches Vaterland gegen den hitlerfaschistischen Imperialismus verteidigen. Dieser antifaschistische Krieg kostete sie mehr als 20 Millionen Menschenleben. Doch die sozialistische UdSSR erwies sich als stärker als die faschistische Bestie. Trotz der furchtbaren Wunden und Verluste, welche der Krieg verursacht hatte, bauten sie nach dem Krieg ihr Land zügig wieder auf.

In nur wenigen Jahren wurde nicht nur das Niveau vor der faschistischen Aggression wieder erreicht, sondern sogar weit überschritten. Schon 1950 näherte sich die sowjetische Industrieproduktion dem doppelten Vorkriegsstand und 1953, acht Jahre nach Kriegsende, im Jahr, als Stalin starb, war das dreifache Niveau des Jahres 1939 erreicht. Es ist gar nicht auszudenken, was eine sozialistische Sowjetunion hätte noch hervorbringen und leisten können, wenn, ja wenn sie der nach dem Tode Stalins zur Macht gelangte moderne Revisionismus nicht völlig ruiniert hätte.*

"Zwangskollektivierung"?

Der Sieg der Oktoberrevolution bedeutete zugleich die Zerschlagung des halbfeudalen und kapitalistischen Großgrundbesitzes. Die landlosen bzw. landarmen Bauern erhielten dadurch Land zur Bebauung zugeteilt. Gleichzeitig wurden auf einem Teil der großen Güter landwirtschaftliche Sowjetwirtschaften errichtet, welche auch eine Vorbildfunktion hatten.

Die von der Sowjetmacht durchgeführte Zerschlagung des Großgrundbesitzes war nur der erste Schritt zur Lösung der Agrarfrage. Erstens gab es noch die ländliche Bourgeoisie, die Großbauern (die proletarische Macht konnte es nicht auf sich nehmen, sie sofort zu enteignen.) Zweitens produzierten die Abermillionen kleinen und mittleren Bauern nach wie vor einzeln auf rückständiger technischer und wirtschaftlicher Basis auf ihren Parzellenhöfen. Die vorherrschende Kleinproduktion aber brachte, wie Lenin feststellte, andauernd, täglich und stündlich, auf der einen Seite Bourgeoisie hervor, auf der anderen Seite führte sie zum Ruin der ärmsten Produzenten.

Der Ausweg konnte nur darin bestehen, auch auf dem Land zur sozialistischen Großproduktion überzugehen, auch auf dem Land sozialistische

Produktionsverhältnisse zu errichten, die Landwirtschaft in die einheitliche sozialistische Landwirtschaft einzugliedern.

Die Frage ist allerdings, wie dies geschehen konnte, wie dies geschehen mußte. Dabei gab es zwei entscheidende Punkte zu beachten:

Erstens konnte und durfte nicht der Weg beschritten werden, die kleinen und mittleren Bauern zu enteignen. Schließlich waren diese nicht nur Produktionsmittelbesitzer, sondern auch Werktätige, vom Kapital und (früher auch vom Großgrundbesitz) Geknechtete. Sie wie die Kapitalisten zu expropriieren war unmöglich und der Versuch, es zu tun, hätte der Sowjetmacht mit Sicherheit das Genick gebrochen. Die einzige Möglichkeit bestand darin, die Massen der armen und dann auch der mittleren Bauern für den kollektivwirtschaftlichen Zusammenschluß zu gewinnen, sie von den Vorteilen der gemeinschaftlichen Produktion zu **überzeugen**. Dafür gab es eine reale Basis: Der Übergang zur sozialistischen Großproduktion bot nicht nur den Ärmsten des Landes, sondern auch den mittleren Bauern die Perspektive einer grundlegenden Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage. Urlaub, freie Tage, Kinderkrippen, kulturelle Entwicklung, alles das wurde damit auch den Massen der Landbevölkerung erstmals zugänglich.

Zweitens stellte sich allerdings die Frage, was mit den immer noch vorhandenen Großbauern, den Kulaken geschehen mußte. Konnten sie auch für den Sozialismus gewonnen werden? Das war keineswegs der Fall und konnte auch nicht der Fall sein. Lenin schrieb 1918 angesichts einer Welle von Kulakenaufständen gegen die Sowjetmacht:

"Gelänge den Kulaken der Sieg, würden sie, das wissen wir sehr gut, erbarmungslos Hunderttausende Arbeiter niedermachen, mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten ein Bündnis eingehen, für die Arbeiter erneut ein Zuchthausregime schaffen, den Achtstundentag aufheben und die Betriebe wiederum unter das kapitalistische Joch bringen..."

Die Kulaken sind die bestialischsten, rohesten und brutalsten Ausbeuter, die in der Geschichte anderer Länder mehr als einmal die Gutsbesitzer, Zaren, Pfaffen und Kapitalisten wieder an die Macht gebracht haben. Kulaken gibt es mehr als Gutsbesitzer und Kapitalisten."

(Lenin, Genossen Arbeiter! Auf zum letzten, entscheidenden Kampf!, 1918, LW 28, S.41/42)

Die Kulakenaufstände konnten niedergeschlagen werden und es gelang den Arbeiterinnen und Arbeitern auch durchzusetzen, daß sich die Kula-

ken dem ZWANG der Sowjetmacht fügten, insofern sie mehr oder minder "loyal" produzierten und ihre Abgaben abführten. Von einem "Hineinwachsen" der Kulaken in den Sozialismus, wovon Bucharin und andere faselten, konnte indes keine Rede sein. Sozialistische Produktionsverhältnisse auf dem Lande konnten nur im verschärften Klassenkampf gegen die Kulaken errichtet werden.

Nachdem die Voraussetzungen für die Durchführung der durchgängigen Kollektivierung geschaffen worden waren (ausreichende Aufklärung und Organisation der kleinen und mittleren Bauern, ausreichende Produktion von Traktoren und anderen landwirtschaftlichen Maschinen für sozialistische Maschinen-Traktorenstationen auf dem Land), konnte und mußte zur Offensive gegen die Großbauern, zur Liquidierung des Kulakentums übergegangen werden. Darüber heißt es in der 1938 erschienenen "Geschichte der KPdSU(B), kurzer Lehrgang":

"Der Übergang zur durchgängigen Kollektivierung erfolgte nicht in Form eines einfachen und friedlichen Eintritts der großen Masse der Bauernschaft in die Kollektivwirtschaften, sondern in Form eines Massenkampfes der Bauern gegen das Kulakentum. Die durchgängige Kollektivierung bedeutete, daß der gesamte Grund und Boden im Bereiche des Dorfes in die Hände der Kollektivwirtschaft überging; da sich aber ein bedeutender Teil des Bodens in den Händen der Kulaken befand, verjagten die Bauern die Kulaken vom Boden, führten die Kulakenenteignung durch, nahmen ihnen das Vieh, die Maschinen und forderten von der Sowjetmacht die Verhaftung und Aussiedlung der Kulaken." (S.378)

Über die Bedeutung dieser Bewegung heißt es:

"Das war eine außerordentlich tiefgehende revolutionäre Umwälzung, ein Sprung aus einem alten qualitativen Zustand der Gesellschaft in einen neuen qualitativen Zustand, eine Umwälzung, die in ihren Auswirkungen der revolutionären Umwälzung vom Oktober 1917 gleichkam.

Die Eigenart dieser Revolution bestand darin, daß sie *von oben*, auf Initiative der Staatsmacht, mit direkter Unterstützung *von unten*, durch die Millionenmassen der gegen das Kulakenjoch und für ein freies kollektivwirtschaftliches Leben kämpfenden Bauern, vollzogen wurde."

(S.380, Kursivschrift im Original)

Allerdings spekulieren die bürgerlichen Demagogen aller Sorten dabei auch mit der Tatsache, daß bei der **Durchführung** der korrekten leninschen Generallinie der Kollektivierung, wie sie von den zentralen Parteinstanzen festgelegt worden war, **Fehler** gemacht wurden. Darüber heißt es ebenfalls in der "Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang":

"Neben den gewaltigen Erfolgen der Kollektivierung zeigten sich aber auch bald Unzulänglichkeiten in der praktischen Arbeit der Parteiarbeiter, Entstellungen der Politik der Partei im kollektivwirtschaftlichen Aufbau. Ungeachtet der Warnungen des Zentralkomitees, daß man sich von den Erfolgen der Kollektivierung nicht allzusehr hinreißen lassen dürfe, begannen viele Parteiarbeiter die Kollektivierung künstlich zu forcieren, ohne mit den örtlichen und zeitlichen Bedingungen zu rechnen, ohne damit zu rechnen, in welchem Grade die Bauern zum Eintritt in die Kollektivwirtschaften vorbereitet waren.

Es zeigte sich, daß das Prinzip der *Freiwilligkeit* im kollektivwirtschaftlichen Aufbau verletzt wurde. In einer Reihe von Rayons wurde die Freiwilligkeit durch den *Zwang* zum Eintritt in die Kollektivwirtschaften ersetzt, unter der Androhung, gegen die Widerstrebenden die Kulakenteignung in Anwendung zu bringen, ihnen das Wahlrecht zu entziehen..."

(S.382/383, Kursivschrift im Original)

Also doch "Zwangskollektivierung" der kleinen und mittleren Bauern?? Keineswegs. Diese Verzerrungen, die Verletzung des Leninschen Prinzips der Freiwilligkeit bei der Schaffung von Kollektivwirtschaften, waren - nachweisbar und dokumentierbar - **nicht in der Parteilinie selbst begründet**, sondern widersprachen ihr. Und vor allem: Stalin und das ZK der KPdSU(B) nahmen umgehend den Kampf dagegen auf. Über diese Fehler zu spotten, Stalin und das ZK der KPdSU(B) dafür "verantwortlich" zu machen, ist allzu billig. Es zeigt aber nur die völlige Ahnungslosigkeit, was es heißt eine so gewaltige Bewegung wie die Kollektivierungsbewegung von dutzenden Millionen Bauern unter den unterschiedlichsten Bedingungen in den verschiedenen Gebieten der UdSSR durchzuführen. Wie kann angenommen werden, daß diese das gesamte Leben auf dem Lande umstürzende, unter den Bedingungen des erbittertsten Klassenkampfes durchgeführte Bewegung sozusagen lupenrein vor sich gehen könnte. Die KPdSU(B) war so eng mit der Dorfarmut verbunden, kannte so genau die Stimmungen der Bauernmassen, daß sie rechtzeitig die Überspitzungen und Fehler auszumerken vermochte. So zeigt sich in Wirklichkeit gerade auch in dieser Frage die Klugheit und Festigkeit der bolschewistischen Führung Stalins und des ZK der KPdSU(B).

MARXISTISCH-LENINISTISCHE SCHRIFTENREIHE:

Lenin: 'Unter fremder Flagge', 62 Seiten, öS 3,- DM 0,50,-

Lenin/Stalin: Über die Arbeiteraristokratie (Anhang: Marx/Engels über die Aristokratie im vormonopolistischen Kapitalismus), 115 Seiten, öS 20,-, DM 3,50,-

Lenin/Stalin: Hauptmerkmale der Partei neuen Typus, 31 Seiten, öS 4,-, DM 0,50,-

Lenin/Stalin: Über Ursachen und Notwendigkeit der zwei Phasen des Parteaufbaus vor der Machtergreifung, 71 Seiten, öS 12,-, DM 1,50,-

Lenin/Stalin: Zu einigen Fragen des bewaffneten Kampfes der Massen und des individuellen Terrors, 63 Seiten, öS 5,-, DM 0,75,-

Stalin: Zur chinesischen Revolution, 162 Seiten, öS 20,-, DM 3,50,-

Stalin: Über den dialektischen und historischen Materialismus, 38 Seiten, öS 14,-, DM 2,-

Stalin: Über die Mängel der Parteiarbeit und die Maßnahmen zur Liquidierung der trotzkistischen und sonstigen Doppelzünger, 44 Seiten, öS 5,-, DM 0,75,-

Stalin: Über Selbstkritik, Über Massenlinie, Über den Kampf gegen den Bürokratismus und Liberalismus, 30 Seiten, öS 2,-, DM 0,30,-

Stalin: Über einige Fragen der Geschichte des Bolschewismus, 16 Seiten, öS 2,-, DM 0,30,-

Programm der Kommunistischen Internationale, 92 Seiten, öS 7,-, DM 1,-

"Konsequente Verfolgung von Andersdenkenden"?

Der entscheidende Punkt ist die Klarstellung, daß "Freiheit der Andersdenkenden" **nicht** Freiheit für die Konterrevolutionäre heißt.

Die Gewinnung und Überzeugung immer größerer Teile der werktätigen Massen setzt gerade die **Auseinandersetzung mit Andersdenkenden**, mit anderen, auch falschen Meinungen voraus. Dieser kontroversen Debatte aus dem Weg zu gehen, sie unter Berufung auf angeblich 99,98% Zustimmung für überflüssig zu erklären, ist charakteristisch für revisionistische Bürokraten, nicht aber für proletarische Revolutionäre. Und man kann es wahrlich nur als eine Spielart von Spaltungsirresein werten, wenn sich das "TATblatt-Kollektiv" verbal für die ungehinderte Auseinandersetzung mit Andersdenkenden stark macht, aber in der **TAT** zu Zensur und Boykott greift, um eben diese Auseinandersetzung auf administrative Weise zu erwürgen.

Offene Kritik an Fehlern und Mängeln, wie sie der Marxismus-Leninismus und die sozialistische Demokratie als **unverzichtbare Existenzbedingung** fordern, wäre ohne "Freiheit der Andersdenkenden" gar nicht möglich. Die Entfaltung der Kritik der Massen an den Fehlern der Partei, den Fehlern der Regierung bedeutet ja gerade, die Massen unmittelbar am sozialistischen Aufbau zu beteiligen, Fehler nicht nur zu erkennen, sondern an ihrer Beseitigung selbst mitzuwirken. Gerade hier wäre es verhängnisvoll, die Ansicht zu verbreiten, alles würde schon seinen richtigen Gang gehen."

Darüber hinaus gilt für den Marxismus wie für jede Wissenschaft:

"Es ist allgemein anerkannt, daß keine Wissenschaft ohne Kampf der Meinungen, ohne Freiheit der Kritik sich entwickeln und gedeihen kann."

(Stalin, Über den Marxismus in der Sprachwissenschaft, 1950, Werke Bd.15, S.197)

Es ist ein Märchen bürgerlicher Greuelpropaganda, daß in der UdSSR unter Lenin und Stalin alle "Andersdenkenden" umstandslos verfolgt und "planmäßig liquidiert" worden seien. Stalin erklärte z.B. in bezug auf die KPdSU(B) nachdrücklich:

* Die Leute vom "TATblatt-Kollektiv" mögen einmal nachlesen, wie etwa die RF das weitgehende Vernachlässigen von Kritik und Selbstkritik in der **PdA Albanien** bewertet und welche verheerenden Folgen dieses schweren Verstoßes gegen die Erfordernisse der revolutionären Theorie und Praxis sie vorausgesagt hat. (Siehe RF 169, 200 und 202).

"Ich bin entschieden **gegen** die Politik des Hinausjagens aller andersdenkenden Genossen. Ich bin nicht darum gegen eine solche Politik, weil ich mit den Andersdenkenden Mitleid hätte, sondern darum, weil eine solche Politik in der Partei ein Regime des Einschüchterns, ein Regime des Furchteinflößens, ein Regime erzeugt, das den Geist der Selbstkritik und der Initiative tötet."

(Stalin, Brief an Genossen Me-rt", 1925, Stalin-Werke Bd.7, S.38)

Beim Kampf Stalins und der KPdSU(B) gegen die Trotzkisten, die Fraktionen Bucharins, Kamenews und sonstige antileninistische Gruppierungen ging es **nicht** darum, "alle Andersdenkenden" mundtot zu machen.

Nach der Oktoberrevolution hat sich die KPdSU(B) noch über 10 Jahre lang mit diesen Gruppen und ihren Führern auseinandergesetzt. Es gab riesige Diskussionen, die Mitglieder massen konnten sich bewußt für Positionen entscheiden und taten dies auch."

Schließlich wurden alle diese Gruppierungen in der Partei zunächst **ideologisch** geschlagen, d.h. ihre kapitulantenhafte und kapitalistisch-restaurative Plattform wurde in der Partei umfassend entlarvt und zurückgewiesen, **bevor organisatorische** Maßnahmen ergriffen wurden und bevor sie schließlich, entsprechend den Prinzipien der innerparteilichen Demokratie und des demokratischen Zentralismus, aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen werden mußten, weil sie an ihrer antileninistischen Linie festhielten. Das bedeutete noch lange nicht, daß sie von den Machtorganen der proletarischen Diktatur "verfolgt" oder gar liquidiert worden wären.

Erst als diese politisch bankrotten Gruppierungen (die sich - wie vor ihnen die Menschewiki - in der Arbeiterklasse vollkommen isoliert hatten und sich wohlweislich schon nicht mehr trautes, ihre prokapitalistischen Ansichten offen vorzutragen) **erwiesenermaßen** zur Organisation des Sturzes der Sowjetmacht und zur direkten Zusammenarbeit mit den Imperialisten übergegangen waren, wurden sie vor die Gerichte der Sowjetunion gestellt - nicht wegen ihrer politischen Ansichten, sondern wegen ihrer **nachweislich kriminellen Akte**. Sie hatten die ausführende Möglichkeit zur Verteidigung und wur-

** Davon kann sich jeder anhand von allgemein zugänglichen Dokumenten überzeugen. Siehe dazu den ausgezeichneten Sammelband "J.W.Stalin: ÜBER DIE OPPOSITION (1921- 1927)". Beim Studium dieses Bandes beeindruckt, wie oft und wie lange sich die KPdSU(B) mit den opportunistischen Führern der "Opposition" auseinandergesetzt hat.

den dann **mittels Beweisen und Dokumenten**, die dem Proletariat der UdSSR und der gesamten internationalen Arbeiterklasse und Öffentlichkeit zugänglich waren, entsprechend den Gesetzen des proletarischen Staates in sogar ausländischen Beobachtern zugänglichen Prozessen verurteilt."

Geht es dem TATblatt vielleicht darum, daß dieses korrekte Vorgehen möglicherweise in der Praxis nicht eingehalten wurde? Keineswegs. Das Tb ist vielmehr **überhaupt** gegen "die Niederschlagung anderer politischer Richtungen" und behauptet, daß die Sowjetunion "weit besser dastand" wäre, "wenn die SU-Führung eine 'nichtbolschewistische' Linke akzeptiert hätte."

Ach wie nett! Da haben die Bolschewiki aus Machtgier oder sonst einer Börsartigkeit heraus die brave nichtbolschewistische "Linke" ausgeschaltet, die doch so gerne am Aufbau der UdSSR konstruktiv mitgemacht hätte???

Tatsächlich wurden die diversen Gruppen, die das Tb als "nichtbolschewistische Linke" reklamiert, mit dem Sieg der Oktoberrevolution keineswegs verboten. Die Menschewiki konnten zunächst noch Zeitungen herausbringen, die "linken" Sozialrevolutionäre waren sogar an der Sowjetregierung beteiligt (vor allem Landwirtschaftsressort). Aber diese Gruppierungen haben die ihnen verbliebenen oder eingeräumten Möglichkeiten **nicht** dazu benützt, um konstruktiv an der Festigung der neuen, revolutionären Macht mitzuwirken. Sie kämpften vielmehr im Bündnis mit den alten Ausbeutern, den Weißgardisten und den imperialistischen Interventionsarmeen für den **Sturz** der Sowjetmacht. Es war schließlich auch eine "linke" Sozialrevolutionärin, welche ein Attentat auf den Vorsitzenden der Sowjetregierung, Lenin, verübte.

Diese "nichtbolschewistischen Linken" solcherart ungehindert weiter walten zu lassen, wäre gleichbedeutend gewesen mit dem Untergang der Sowjetmacht. Die Frage stand deshalb so und nur so, wie sie Lenin gestellt hat:

"Was ist besser? Hunderte von Verrätern unter den Kadetten, Parteilosen, Menschewiki,

* Bezeichnend ist, daß die angeblichen "Wiederhersteller der sozialistischen Demokratie" um Chruschtschow und Breshnew nach dem Tode Stalins ihre Gegner (nicht nur den damaligen Innenminister Beria, sondern auch weitere führende Politiker wie Abakumov, Poskrebyshew und andere) **ohne jedes Gerichtsverfahren** liquidieren ließen. Darüber gibt es bei den Reaktionären und ihren Nachbarn keine Empörung, weil es ihnen trotz aller Beteuerungen nicht um "Recht und Gerechtigkeit" an sich geht, sondern um die Durchsetzung ihrer Interessen, sprich kapitalistische Restauration in der UdSSR in den Fünfzigerjahren.

Völlige Freiheit des Wortes,
der Meinung
mit einer Einschränkung:
Keine Freiheit des Wortes
den Faschisten und
anderen Reaktionären

Bertolt Brecht

Sozialrevolutionären, die (der eine mit der Waffe in der Hand, der andere auf dem Wege der Verschwörung oder durch Agitation gegen die Mobilmachung, wie die menschewistischen Drucker oder Eisenbahner usw.) **gegen** die Sowjetmacht, **das heißt für Denikin** 'auftreten', einzufangen und ins Gefängnis zu stecken, manchmal sogar zu erschießen? Oder es dahin kommen zu lassen, daß es Koltschak und Denikin^{***} gestattet wird, zehntausende von Arbeitern und Bauern zu erschlagen, zu erschießen, zu Tode zu prügeln? Die Wahl ist nicht schwer."

(Lenin, Alle zum Kampf gegen Denikin! 1919, Werke Bd.29, S.443, Fettschrift ist Hervorhebung im Original)

Das TATblatt hat sich falsch entschieden. Es

talistische Restauration in der UdSSR in den Fünfzigerjahren.

** Vgl. dazu die von Lenin verfaßte Resolution "Über das Verbot einer menschewistischen Zeitung wegen Untergrabung der Landesverteidigung", 22.2.1919.

*** Denikin und Koltschak waren weiße Generäle, Anführer der konterrevolutionären Truppen im Bürgerkrieg.

setzt die für die Befreiung der Volksmassen notwendige Unterdrückung der Konterrevolution gleich mit der Liquidierung aller "Andersdenkenden" und macht sich damit zwangsläufig zum Anwalt der Ausbeuter und all ihrer Kreaturen gegen die Ausgebeuteten.

Ein wesentlicher Hintergrund ist: Alles das, was dem "TATblatt" als furchtbare Erscheinungform des "Stalinismus" erscheint, bzw. was es als solche hinstellt, hängt in Wirklichkeit mit der unvermeidlichen Verschärfung des Klassenkampfes beim Aufbau des Sozialismus zusammen.

Am Tag nach der Machtübernahme durch das Proletariat fallen sich die Ausgebeuteten und Ausbeuter nicht in die Arme, feiern nicht die große Versöhnung. Die Machtübernahme ist nur der **Anfang** der proletarischen Revolution, die auf allen Gebieten, Basis und Überbau, weitergeführt werden muß zur Vernichtung aller Kräfte, Mächte, Tra-

ditionen und Gewohnheiten der zwar geschlagenen, aber noch lange nicht überwundenen Ausbeutergesellschaft. Dabei stößt das Proletariat bei seinem Vormarsch zum Kommunismus auf den erbittertsten Widerstand der ganzen alten Welt und all ihrer Kräfte und Anhängsel. Und je mehr Erfolge die Arbeiterinnen und Arbeiter und die anderen Werktätigen dabei erzielen, desto größer wird die Wut der Überreste der zerschlagenen Ausbeuterklassen werden, um so eher werden sie zu schärferen, hemmungsloseren Kampfformen übergehen, um so mehr Niederträchtigkeiten werden sie begehen, um das Ruder doch noch herum zu reißen und erneut die Ausbeuterherrschaft zu restaurieren. Dies haben sie in der UdSSR, in China und den anderen ehemals sozialistischen Staaten leider auch geschafft. Das unterstreicht im Grunde aber nur, wie wichtig es ist, bewußt bis zum Kommunismus den Klassenkampf konsequent auf allen Gebieten weiterzuführen.

Die Verachtung der revolutionären Theorie ist untrügliches Kennzeichen einer Position, die auf Rettung und Erhaltung der Ausbeuterordnung gerichtet ist

Das TATblatt hat sich entschlossen, von der MLPÖ "nichts mehr" abzudrucken, weil es in Zukunft lieber mit denen "über den Weg" (nicht aber das Ziel!) diskutieren will, welche klassische Schriften des wissenschaftlichen Sozialismus "noch nie von innen gesehen" haben.

Wozu eine solche Gegenüberstellung? Hat das "TATblatt-Kollektiv" denn eine derartige Angst vor dem Marxismus, daß es jene, welche Schriften von Marx, Engels, Lenin und Stalin bereits "von innen gesehen" haben, von jeder weiteren Diskussion ausschließen will? Was die MLPÖ betrifft, macht sie die Kenntnis des Marxismus-Leninismus jedenfalls **nicht** zur Vorbedingung einer Diskussion - wie würde sie sonst mit dem Tb diskutieren?

Wenn der Unsinn, den das "TATblatt-Kollektiv" hier verzapft, überhaupt einen Sinn haben soll, so kann es nur einer sein: **Stimmung zu machen gegen die Beschäftigung mit der revolutionären Theorie, Ausgrenzung der revolutionären Theorie aus der Diskussion.**

Was aber bedeutet das? Die bestehenden Ausbeuterhältnisse können nur aufrecht erhalten werden, wenn die Ausgebeuteten, vor allem das Proletariat, ihre wirkliche Stellung in der Gesellschaft, ihre Ausbeutung, ihre Kraft des Umsturzes der alten und des Aufbaus einer neuen Welt nicht erkennen. Eine revolutionäre Klasse, die mit der Schande der Lohnklaverei Schluß machen

und unter ihrer Leitung eine neue Gesellschaft erbauen will, muß nicht nur die Tatsachen kennen, die Wahrheit wissen, sie muß auch die tieferliegenden Gesetzmäßigkeiten und Zusammenhänge kennen, sonst wird sie zwar blind um sich schlagen können, jedoch niemals dauerhaften Erfolg haben können. Die Revolutionäre folgern aus der Verbundenheit mit den werktätigen Massen deshalb die Aufgabe, alles zu tun, damit die Arbeiterklasse zur Bewußtheit ihrer wirklichen Lage gelangt.

Das Desinteresse an der revolutionären Theorie, ihre Verächtlichmachung und Ablehnung, ist also gleichbedeutend mit dem Desinteresse an grundlegender Gesellschaftsveränderung, ja mit deren Ablehnung überhaupt, denn: **"Ohne revolutionäre Theorie kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben"** (Lenin).

Wer als bewußter Revolutionär für den Sturz des Kapitalismus kämpfen will, muß sich für die **Gesetzmäßigkeiten** der gesellschaftlichen Entwicklung interessieren. Die Prinzipien des Marxismus-Leninismus sind die wissenschaftliche Formulierung dieser Gesetzmäßigkeiten. Das Studium und die Aneignung der revolutionären Theorie, ihre konsequente Verteidigung und Anwendung auf die Praxis ist unverzichtbar, weil sich die wirklichen Verhältnisse nicht vor aller Augen "selbst enthüllen", weil der Schein trügt, weil die bürgerliche Ideologie mit ihren Verschlei-

Fortsetzung auf Seite 20

Studiert die Klassiker des Marxismus-Leninismus! Setzt die revolutionäre Theorie in die revolutionäre Praxis um!

- * **Marx/Engels: Manifest der Kommunistischen Partei**
84 Seiten, öS 20,-
- * **Marx/Engels: Kritik des Gothaer Programms**
96 Seiten, öS 20,-
- * **Marx: Lohn, Preis und Profit,**
80 Seiten, öS 20,-
- * **Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich**
316 Seiten, öS 30,-
- * **Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft**
123 Seiten, öS 25,-
- * **Lenin: Was tun?**
278 Seiten, öS 25,-
- * **Lenin: Ein Schritt vorwärts, zwei zurück**
öS 25,-
- * **Lenin: Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution**
181 Seiten, öS 25,-
- * **Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus**
163 Seiten, öS 20,-
- * **Lenin: Staat und Revolution**
159 Seiten, öS 25,-
- * **Lenin: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky**
150 Seiten, öS 20,-
- * **Lenin: Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus**
139 Seiten, öS 20,-
- * **Stalin: Anarchismus oder Sozialismus?**
öS 20,-
- * **Stalin: Marxismus und nationale Frage**
öS 20,-
- * **Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus**
136 Seiten, öS 20,-
- * **Stalin: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR**
112 Seiten, öS 20,-

Zu beziehen über:

Zentraler Literaturdienst der MLPÖ, Postfach 382, 1150/9 Wien

rungen allgegenwärtig und mit mächtigen Mitteln der Verbreitung ausgestattet ist.

Es gibt Leute, die sich wundern, warum sie immer wieder von den politischen Ereignissen überrollt und überrumpelt werden und darauf nur kopflos "reagieren" können. In Stalins großartigem Werk "Grundlagen des Leninismus" könnten sie nachlesen, warum sie immer wieder auf die Nase fallen werden wie ein Mensch ohne Licht im dunklen Wald. Stalin schrieb über die Bedeutung der revolutionären Theorie:

"Sie, und nur sie, kann der Bewegung Sicherheit, Orientierungsvermögen und Verständnis für den inneren Zusammenhang der sich rings um sie abspielenden Ereignisse verleihen... sie, und nur sie, kann der Praxis helfen zu erkennen, nicht nur wie und wohin sich die Klassen in der Gegenwart bewegen, sondern auch, wie und wohin sie sich in der nächsten Zukunft werden bewegen müssen." (SW 6, S.79)

Die scheinbare Wertschätzung des Tb jener Menschen, die sich mit der revolutionären Theorie noch nie beschäftigt haben, ist in Wirklichkeit also **Massenverachtung**. Mit seiner Verherrlichung von Unwissenheit und seiner Verhöhnung des Studiums der Werke der Klassiker des wissenschaft-

lichen Sozialismus definiert sich das Tb als Teil des bürgerlichen Verdummungsapparats.

Der tiefste Grund, warum das TATblatt sich entschlossen hat, "nichts mehr von der MLPÖ abzdrukken"

Das TATblatt verhält sich seinen Leserinnen und Lesern gegenüber wie eine Gouvernante, deren größte Sorge es ist, daß die ihr anvertrauten Zöglinge nicht in Berührung mit "Verbotenem", "Unanständigem" usw. kommen. So heißt es als Begründung für den Nichtabdruck des Inserats für die RF über den Oktoberstreik 1950:

"Wir waren der Ansicht, daß mensch, der oder die noch nie was über den Oktoberstreik gehört oder gelesen hatte, mit dieser Broschüre nur halb-, wenn nicht gar nur viertel- oder achtelinformiert worden wäre."

Was sich das Tb dabei unter "ganze" Informationen vorstellt, zeigt es im folgenden Absatz:

"Entscheidend für die Ablehnung des Inserates waren wiederum Verschleierungen der Ursachen und Auswirkungen des Stalinismus."

Hier sind wir beim Kern der Sache: Das TATblatt fürchtet schlicht und einfach, daß die Leute, welche die Materialien der RF und der MLPÖ selbst lesen und studieren, zu einer **anderen** Einschätzung als der vom TATblatt gewünschten gelangen. Das Tb fürchtet die klassenmäßige **ENT-**

schleierung der gegenständlichen Fragen (Oktoberstreik, sozialistische Außenpolitik usw.). Das TATblatt fürchtet die **Überzeugungskraft** der marxistisch-leninistischen Literatur, und **deshalb** will es "nichts mehr" von der MLPÖ abdrucken. Mit einem Wort: Das TATblatt hat sich entschlossen, jede offene und ehrliche Diskussion über die Revolution zu verhindern, den Weg der **bürgerlichen Zensur**, des **bürgerlichen Betrugs** zu gehen.

Die Redaktion läßt es nicht dabei bewenden, im eigenen Blatt marxistisch-leninistische Standpunkte zu verbieten. Die "Antwort" drückt deutlich den Unmut seines antikommunistischen "Kollektivs" aus bezüglich der "ständigen Präsenz ihrer (MLPÖ) Inhalte" bei Versammlungen, Diskussionen, Aktionsbesprechungen usw. Im typischen Stil aller Antikommunisten heißt es, die MLPÖ hätte das Ziel, andere Leute "mit ihren Inhalten zu missionieren, auf den 'einzig richtigen Weg' zu bringen."

Das ist dem TATblatt offenbar ein Dorn im Auge. Wir aber - von dem ironisch sein wollenden, aber nur als schwachsinnig qualifizierbaren Stil

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICH
Nummer 241 Mai 1990 Preis S 10,-

Alle Triumphe der Reaktion können daran nichts ändern:

DER LENINISMUS LEBT - ER IST UNBESIEGBAR UND UNVERZICHTBAR!

(Zum 120. Geburtstag Lenins)

Am 22. April 1870 wurde Lenin geboren. Sein 120. Geburtstag fällt in eine Zeit, in der von einem revolutionären Werk, scheinbar nichts mehr übrig geblieben ist. Selbst in Putzwerk, dem Geburtsort des Leninismus, wird Lenin von "Sticht" gestrichen und in der ganzen "westlichen" Welt übertrugen sich Politiker und Boulevard-Zeitungen im Triumphgeheiß, daß mit dem "Stalinismus" nun auch der Leninismus in der Marxismus-Leninismus überhaup realitätsverfälscht habe, endgültig gescheitert und tot sei.

Der ganze Trick besteht darin, gerade das Entscheidende zu ignorieren:

Der schändliche Bankrott der revisionistischen Regimes in der Sowjetunion, in Polen und Ungarn, in der DDR, der Tschechoslowakei usw. hat mit einem "Zusammenbruch" des Leninismus, des "Stalinismus" usw. bzw. des Marxismus-Leninismus nicht das geringste zu tun, einfach weil all diese Regime mit dem Marxis-Leninismus nichts als das geringste zu tun hatten: sie waren "bäuerlich" und "Völkerverhetzer" und sich um die ständige, ständige Fälschung der



einmal abgesehen - antworten mit **"NA UND?"** Wollt denn Ihr Eure Inhalte, sofern man sie als solche bezeichnen kann, nicht den anderen verständlich machen, sie nicht propagieren, nicht unter die Massen bringen? Wozu macht Ihr dann eine Zeitung?

Und was soll schon Schlechtes daran sein, wenn die MLPÖ ihren Mitgliedern, Kandidaten und Freunden - wie im "TATblatt" enthüllt wird - die Aufgabe stellt, in den Massenorganisationen, Gruppen und Zirkeln, in denen sie mitarbeiten, "die Rolle der aktivsten und bewußtesten Kräfte, der revolutionären Hefe, zu spielen und für die erfolgreiche Weiterentwicklung dieser Zirkel und Gruppierungen zum konsequenten Marxismus-Leninismus Sorge zu tragen"?

Richtig, **genau das wollen wir**, so schwer es

* Das Tb macht sich mit antikommunistischer Diktion ("missionieren") lustig über die Vorstellung eines "einzig richtigen Wegs" zum Sieg der Revolution. Tatsächlich kann es unter den gegebenen Bedingungen der Ausbeutergesellschaft in einem jeweiligen Land nicht 2, 3 oder noch mehr grundverschiedene Wege zur Befreiung geben, sondern nur einen. Die Bourgeoisie hat allergrößtes Interesse daran, daß die Ausgebeuteten dies nicht erkennen, daß sie an die angebliche Möglichkeit eines anderen, "friedlich-parlamentari-

auch sein mag." Im Grunde ist das genau jene Aufgabe, die sich schon der Hainfelder Parteitag vor mehr als 100 Jahren stellte, nämlich "das Proletariat mit dem **Bewußtsein** seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch **kampffähig** zu machen".

Was mißfällt dem "TATblatt-Kollektiv" daran, wenn es doch selber auch alles daran setzt, die eigenen "Inhalte" in die Massen zu tragen, dort womöglich zu den einzig vertretenen (siehe seine Metternich-Methoden) zu machen?

Die Antwort ist einfach: Dem "TATblatt" wären wir lieb und wert, wenn wir **irgendwelche** Inhalte vertreten würden, seien sie auch noch so blödsinnig, aber es will unter keinen Umständen dulden, daß wir **revolutionäre** Ideen verbreiten und mit diesen überall "präsent" zu sein versuchen.

schen" Weges glauben, weil dann zielklares revolutionäres Handeln nicht möglich ist und der Kampf in die Sackgasse führt (siehe Chile 1973).

** Das bedeutet natürlich nicht, daß die Marxisten-Leninisten demokratische Massenorganisationen, welche sich in einem Teilbereich eine fortschrittliche Aufgabe stellen, in Untergliederungen der marxistisch-leninistische Partei umfunktionieren wollten. (Vgl. dazu ausführlich RF 123)

STUDIERT UND DISKUTIERT:



Ca. 400 Seiten A 4 170 öS (DM 25,-)



Ca. 350 Seiten A 4 170 öS (DM 25,-)

Zu den einzelnen "Kritiken" des TB an der RF 242 "Der Oktoberstreik 1950" und an der Broschüre "Geschichtsfälscher"

Über die allgemeinen antikommunistischen Anwürfe hinaus enthalten die zwei "Besprechungen" des Tb praktisch nichts, was ernsthaft als Kritik dieser beiden Publikationen bezeichnet werden könnte. Der Zweck des ganzen Sammelsuriums an Schmähungen und abfälligen Urteilen im TB ist eindeutig, mit allen Mitteln und Tricks die Publikationen zu diskreditieren.

Anhand der Auslassungen des TB läßt sich jedoch exemplarisch zeigen, mit welchen Mitteln politische Scharlatane arbeiten, um die Leute zu betrügen. "Der Schluß von der Schlechtigkeit des Mittels auf die Schlechtigkeit des Zwecks ist ganz gerechtfertigt" (F. Engels).

"Zur Broschüre 'Der Oktoberstreik 1950'"

Die Redaktion der RF hat ausdrücklich dazu aufgefordert, die Nummer über den Oktoberstreik 1950 "als Gegenstand einer möglichst fruchtbaren Diskussion" anzusehen (RF 242, S.2). Das TB hat dazu absolut nichts beizutragen, und hat dies auch garnicht vor gehabt, da es ja unbedingt beweisen will, daß der Nichtabdruck der Anzeige für diese Broschüre korrekt gewesen sei.

Das Tb behauptet, diese Veröffentlichung sei "von Oberflächlichkeit und Ungenauigkeit geprägt". Es ist allerdings nicht in der Lage, dies auch nur an einem einzigen Punkt nachzuweisen. * Schauen wir uns die "Belege" an:

- Das Tb hat den RF-Artikel sozusagen "ausgemessen" und bemäkelt, daß der Vorgeschichte "lediglich 9 von 70 Seiten gewidmet" seien. Das ist bloßes Herumgemotze. Denn die Frage ist doch: Wurde auf diesen 9 Seiten irgendein für das Verständnis des Oktoberstreiks wesentlicher Aspekt unbeachtet gelassen?;

- Als Beispiel für die "inhaltlosen Parolen", mit

* Weil das die Verfasser/innen als bewußte Demagogen auch wissen, fügen sie vorsorglich gleich hinzu, sie könnten das nicht "JETZT UND HIER in aller Deutlichkeit" belegen.

Selber springt das Tb mit den Fakten allerdings höchst rücksichtslos um. So vertuscht es z.B. (Fußnote 2), daß die Oktoberstreikbewegung selbstverständlich auch einen Schwerpunkt in den Betrieben der sowjetisch besetzten Zone hatte. Dort bildeten besonders in der zweiten Streikphase die USIA-Betriebe vielfach das Rückgrat des Streikkampfes. Das Tb fälscht das nur, weil sonst seine Anpöbelungen gegen die Sowjetvertretung in Österreich offenkundig unglaubwürdig wären.

** Für die bornierte Art, wie das Tb an den österreichi-

denen diese 9 Seiten nur so gespickt seien, wird ein Teil der Einschätzung der Verstaatlichungspolitik der österreichischen Bourgeoisie nach 1945 zitiert. *** Das Tb muß zugeben, daß die Einschätzung der RF "stimmt" und kritelt nur herum, daß diese nicht konkret genug sei und deshalb "letztlich gar nix" besage. - Mit dieser Methode der "Kritik" wäre es ein leichtes, nahezu alles und jedes zu verreißen.

Aufschlußreich ist allerdings die Position des TB, daß eine richtige allgemeine Einschätzung "letztlich gar nix" besage. Besagt etwa die Feststellung: "Das ist ein Wald" deshalb "letztlich gar nix", weil sie im einzelnen noch nichts darüber besagt, um was für Bäume, wieviele Bäume usw. es sich handelt? Natürlich nicht.

Der Kampf gegen die vom Marxismus-Leninismus festgestellten allgemeinen Wahrheiten über die Ausbeutung in der kapitalistischen Gesellschaft, über den Imperialismus usw. ist für die Bourgeoisie eine Lebensnotwendigkeit. Die Herr-

schen Oktoberstreik 1950 bzw. unsere Arbeit darüber herangeht, ist schon charakteristisch, daß es in den Mittelpunkt seiner Ausführungen nicht etwa ein Streikbild setzt, sondern ein Stalin-Denkmal aus Ungarn. Damit demonstriert das Tb bereits, daß ihm der Oktoberstreik im Grunde egal ist, ihm geht es ausschließlich um den Kampf gegen Stalin, ganz gleich, wovon die Rede und was der Anlaß ist.

*** Die in der RF nachfolgende Begründung dieser Einschätzung wird wohlweislich nicht zitiert oder auch nur erwähnt.

Ebenso wird der auf S.8 der RF 242 gegebene Hinweis unterschlagen, daß in einer eigenen Nummer der RF das Thema "Arbeiterklasse und Verstaatlichung" ausführlich behandelt wird. (Siehe RF 228)

schen haben nämlich ein eminentes Interesse daran, daß die von ihnen Ausgebeuteten die tagtäglich am eigenen Leib verspürten Phänomene nicht auf den Punkt, nicht auf den Begriff, d.h. nicht auf die Ebene der grundsätzlichen Erkenntnis bringen. Deshalb versuchen die bürgerlichen Ideologen und Propagandisten richtige Feststellungen wie: "Die Arbeiterinnen und Arbeiter werden nach wie vor und sogar in einem größeren Ausmaß ausgebeutet" als "inhaltsleer" abzustempeln. Das Tb hat sein Handwerk in dieser Richtung schon ganz gut gelernt. Dies ist ein weiterer Ausdruck des reformistischen Standpunkts des Tb, in oberflächlicher Weise nur gegen einzelne konkrete Übel zu wettern (wenn überhaupt), die dahinter stehenden grundlegenden Zusammenhänge aber zu verschleiern.

- Einen Gipfelpunkt der Unverfrorenheit erreicht das Tb mit seiner Behauptung, der RF sei der verhängnisvolle Beschluß zur Streikunterbrechung "ganze 4 Zeilen wert" und nicht mehr. Doch das ist eine glatte Lüge. Wie sich jede Leserin und jeder Leser selbst überzeugen kann, ist dem Streikabbruchsbeschluß ein ganzer Abschnitt mit 3 Seiten gewidmet ("Der verhängnisvolle Beschluß, den Streik vorübergehend abubrechen" S.24-26, vgl. auch S.59).

Um seine in jeder Beziehung falsche und verlogene Darstellung, als sei der Oktoberstreik von der sowjetischen Besatzungsmacht abgewürgt worden, zu rechtfertigen, kehrt das Tb nicht nur die bedeutende Rolle der Arbeiterinnen und Arbeiter der sowjetisch verwalteten Betriebe unter den Teppich, sondern hat sich auch einen "Kronzeugen" gesucht: jenen Ernst Fischer, der 1950 in der KPÖ-Führung noch eine maßgebliche Rolle gespielt, später aber ein wilder Antikommunist geworden war. Doch was ist das für ein seltsamer Zeuge? Ist es nicht klar, daß er seine eigene üble Rolle beim Oktoberstreik später, als er schon offener Renegat geworden war, natürlich "den Russen" in die Schuhe schob?! Im Grunde machte das ja auch Fürnberg, um die Kritik an dem von der ganzen KPÖ-Führung zu verantwortenden Streikunterbrechungsbeschluß abzuwehren. Von welchem Kaliber dieser vom Tb so hochgeschätzte "Zeuge" Ernst Fischer ist, gibt dieser an anderer - vom Tb freilich nicht zitierten - Stelle klar zu erkennen. Fischer rechtfertigt dort seine "revolutionäre" Rede bei der großen Demonstration am Ballhausplatz am 26.9.1950 mit den Worten "Die Aggression des Wortes mußte der Aggression der Tat zuvor kommen". Aus dem Literatendeutsch in normale Sprache übersetzt, heißt das nichts anderes, als daß Fischers "starke Worte" den Zweck hatten, zu beruhigen, zu besänftigen, abzuwiegeln! Und genau das war die Rolle Ernst Fischers und etlicher anderer während des ganzen Oktober-

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICH
Nummer 242 Januar 1991 Preis S 30,-

Erfahrungen und Lehren aus dem
mächtigsten Klassenkampf des
österreichischen Proletariats nach 1945

Der Oktoberstreik 1950



Mit den wichtigsten Streikdokumenten

streiks, für die ausschließlich sie selbst und keineswegs irgendwelche "Russen" verantwortlich sind!

Das Tb greift zu der stupiden Lüge von den angeblich nur "4 Zeilen", um der RF zu unterstellen, sie wolle die verheerende Bedeutung der Streikunterbrechung bagatellisieren und spekuliert dabei mit der Annahme, die meisten seiner Leserinnen und Leser würden sowieso alles glauben.

Das Tb stellt es faktisch als "Verdrehung von Tatsachen" hin, daß sich die RF nicht auf die anti-sowjetischen Verleumdungen von Erzrevisionisten wie Ernst Fischer einläßt. Die RF hat sich bei ihrer Einschätzung des Oktoberstreiks ausschließlich an Fakten gehalten, die anhand einwandfreier Quellen für alle nachprüfbar sind. Die vom Tb propagierte These, die Sowjetvertretung in Österreich habe den Oktoberstreik abwürgen wollen, aber ist durch keine einzige Tatsache belegbar, sie existiert buchstäblich nur in "Erinnerungen" von Typen wie E.Fischer, Hilde Koplenig usw., welche sich offen den Herrschenden andienen oder angedient haben.

Es ist typisch für die Redaktion des Tb, daß sie gierig alles verschlingt und völlig unkritisch als lautere Wahrheit weiterverbreitet, was derartige Renegaten erzählen.

Was die MLPÖ betrifft, begegnet sie den Äußerungen der Kreaturen, welche sich mit Haut und Haaren der Bourgeoisie verkauft haben und aus deren Futternapf fressen, mit absolutem Mißtrauen. Uns interessiert aber auch garnicht so sehr was in internen Gesprächen Fürnbergs mit sowjetischen Vertretern gesagt oder nicht gesagt wurde. Uns interessieren die Tatsachen und sie zeigen, daß die praktisch an den Tag gelegte Haltung der UdSSR gegenüber dem Streik korrekt war. Die Sowjetunion hat zu Lebzeiten Stalins alles in ihren Kräften stehende getan, um gemäß dem Potsdamer Abkommen und dem Alliierten Kontrollabkommen über Österreich mit dem Faschismus abzurechnen. So sehr die UdSSR daran interessiert war, daß auch in Österreich darüber hinaus die Herrschaft des Kapitals gestürzt wird, konnte sie dennoch nicht anstelle der Arbeiterklasse Österreichs handeln, die allerdings noch weit entfernt davon war, die Kapitaldiktatur in Österreich stürzen zu können. Die sowjetische Vertretung mußte sich unter den damaligen Umständen im wesentlichen darauf konzentrieren, "in ihrer Zone die Rahmenbedingungen des Streikrechts, der Meinungs- und Versammlungsfreiheit" zu garantieren" (RF 243, S.47). Das war die damals mögliche und zweckmäßige Form der **Unterstützung des Klassenkampfes** des österreichischen Proletariats.

Schließlich, selbst wenn die Vertretung der UdSSR in Österreich für den Abbruch des Streiks plädiert hätte, so hätte sich die KPÖ nicht daran halten müssen und auch nicht daran halten dürfen, wenn dieser Rat falsch gewesen wäre. Die KPÖ-Führung trägt so oder so die Verantwortung für die von ihr betriebene Politik, und eben diese Politik wird von der MLPÖ auch analysiert und in wesentlichen Fragen auch entschieden kritisiert.

- "Richtig arg" wird es für das Tb wiederum bei dem positiven Bezug der RF zur Geschichte der **revolutionären** Arbeiterbewegung, hier zum Kampf Stalins und der Kominform gegen den Tito-revisionismus. Das Tb tischt hier wiederum seine "Mord und Totschlag"-Thesen auf. Nicht zufällig vermeidet es jedoch, auf die von der RF in einem eigenen Kasten dargestellte **Bedeutung** und den **Inhalt** dieses Kampfes einzugehen. Das Tb möchte um jeden Preis verhindern, daß seine Leserinnen und Leser sich **selbst** ein Bild davon verschaffen, worum es bei dieser Auseinanderset-

* Das Tb schreibt über das Kommunistische Informationsbüro: "In diesem waren alle moskautreuen kommunistischen Parteien von 1945 bis 1956 zusammengeschlossen." Wieder eine Lüge bzw. ein Blödsinn. In Wirklichkeit wurde das Kominform nicht 1945, sondern 1947 gegründet, und ihm gehörten nicht "alle moskautreuen" Parteien an, sondern es war lediglich ein Zusammenschluß der

zung wirklich ging. Wer sich nämlich anhand der **Originaldokumente** ansieht, **welche** Kritiken Stalin, die KPdSU(B) und das Kommunistische Informationsbüro an den Tito-Revisionisten formulierten, wird wahrscheinlich sehr erstaunt und beeindruckt sein von der Richtung dieser Kritiken. Wir möchten hier nur **einen** Punkt aus der Resolution des Informationsbüros "Über die Lage in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens" vom 29. Juni 1948 anführen:

"5.) Das Informationsbüro ist der Ansicht, daß das **bürokratische Regime innerhalb der Partei**, das von den führenden jugoslawischen Funktionären errichtet wurde, für das Leben und die Entwicklung der jugoslawischen Kommunistischen Partei verderbenbringend ist. In der Partei gibt es **keine innerparteiliche Demokratie** - der Grundsatz der Wählbarkeit ist nicht verwirklicht - es gibt **keine Kritik und Selbstkritik**. Das Zentralkomitee der KP Jugoslawiens setzt sich trotz der ausdrücklichen Versicherungen der Genossen Tito und Kardelj in seiner Mehrheit keineswegs aus gewählten, sondern aus kooptierten Mitgliedern zusammen. Die Kommunistische Partei ist faktisch in einer halblegalen Lage. Parteiversammlungen werden nicht abgehalten oder sie finden geheim statt, was geeignet ist, den Einfluß der Partei in den Massen zu untergraben. Ein solcher Typus der Organisation der jugoslawischen Kommunistischen Partei kann nicht anders bezeichnet werden als ein sektiererisch-bürokratischer Typus. Er führt zur Liquidierung der Partei als aktiver schöpferischer Organismus, er züchtet in der Partei **militärische Methoden der Führung**, ähnlich den Methoden, welche seinerzeit Trotzki eingeführt hat.

Man kann es absolut nicht dulden, daß in der jugoslawischen Kommunistischen Partei die grundlegenden Rechte der Parteimitglieder mit Füßen getreten werden und daß auf die geringste Kritik der unrichtigen Ordnung in der Partei mit grausamen Repressalien geantwortet wird..."

(Zitiert nach: Der Kampf J.W. Stalins und der Kominform gegen den Tito-revisionismus, Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus, Herausgegeben vom MLSK der MLPÖ 1/79, S.14/15)

Genau das, was das Tb und Hohlköpfe aller

KPs der UdSSR, Italiens, Frankreichs, Ungarns, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Rumäniens und - bis zur notwendigen Verurteilung der Tito-Revisionisten 1948 - Jugoslawiens. Das hätte das Tb auch in der RF über den Oktoberstreik nachlesen können (S.32). Und ausgerechnet diese Leute werfen dieser Nummer vor, sie sei geprägt von Ungenauigkeit!

Sorten als "typisch stalinistisch" bezeichnen würden, genau **das** wurde von der Stalinschen KPdSU und den anderen "stalinistischen" Parteien als **absolut unvereinbar** mit dem Marxismus-Leninismus kritisiert und mit aller Entschiedenheit bekämpft! Und es ist klar, daß die **Ablehnung** dieser Kritik durch die titoistische Führung dahin führen mußte, daß Jugoslawien bereits damals den Weg einer vom Imperialismus abhängigen bürgerlichen Diktatur nahm. Eine ähnliche Entwicklung wie in Jugoslawien setzte nach Stalins Tod auch in der SU selbst und den anderen ehemals sozialistischen Ländern ein, was bedeutete,

daß auch dort bürgerlich-diktatorische Zustände eingeführt wurden.

Ohne diese wirklichen Zusammenhänge zu erkennen, muß stets völlig unverständlich bleiben, was sich in der UdSSR und anderswo in den letzten Jahrzehnten ereignet hat, **warum** es dort nicht vorwärts ging Richtung Kommunismus, sondern zurück zum Kapitalismus. Die Bourgeoisie hat ein geradezu vitales Interesse daran, daß diese Hintergründe nicht erkannt werden. Gerade dies soll mit der antistalinistischen Hetze zugedeckt werden. Das TATblatt hilft dabei tatkräftig mit.

Zur "Kritik" der Broschüre "Geschichtsfälscher"

Hier liefert das "TATblatt-Kollektiv" einen wahrlich erschütternden Beweis dafür, wie sehr sein geifernder Antistalinismus nicht nur blind für alle Tatsachen, sondern auch rettungslos blöd macht. Denn die Herren und Damen "Rezensenten" haben überhaupt nicht mitgekriegt, **von wem und von wann** die Broschüre stammt, die sie heruntermachen. Sie haben sie so "aufmerksam" gelesen, daß ihnen entgangen ist, was groß auf dem Titelblatt und am Schluß der Broschüre steht, nämlich daß sie ein **Dokument des Informationsbüros des Ministerrates der UdSSR vom Februar 1948** ist. Nicht die MLPÖ hat diese Broschüre geschrieben, sondern ein mit ihr befreundeter Buchladen hat sie **nachgedruckt** - eben weil es sich um ein weithin unbekanntes, aber hochinteressantes Dokument handelt.

Was soll man mit solchen Analphabeten wie denen vom Tb machen? Sie kritisieren an der Publikation einer Dienststelle des Stalinschen Ministerrates, daß darin nichts gegen Stalin steht, daß darin **"kein Wort von der planmäßigen Ausrottung der Opposition, kein Wort von den Millionen Opfern..."** usw. usf. enthalten ist.

Eigentlich müßte das bereits genügen, um sich über die Qualität und das Niveau dessen, was die Tb-Schreiberlinge von sich geben, ein eindeutiges Bild zu machen. Wir gehen trotzdem noch auf

einige Details dieser - mit Verlaub zu sagen - "Rezension" ein.

Naturngemäß läßt das "TATblatt-Kollektiv" am Nichtangriffsvertrag zwischen der UdSSR und Deutschland kein gutes Haar, originell ist jedoch die Logik, die es dabei offenbart. Es gibt nämlich zu, daß die Ausführungen der Broschüre über die Hochpöpelung des deutschen Faschismus und Imperialismus durch Großkapitalisten und Politiker in den USA, Großbritannien und Frankreich **"im wesentlichen korrekt"** sind. Das Tb bezeichnet sogar die Darstellung als **"völlig korrekt"**, **"daß die USA, Großbritannien, Frankreich etc. so ziemlich alles unternommen haben, um das faschistische Deutschland zum Angriff auf die Sowjetunion zu bewegen, bzw. in der Ausführung dieses Plans zu unterstützen..."**

Es ist also klar, daß die SU sich dagegen wehren, daß sie die Pläne der Imperialisten **durchkreuzen** mußte, was mit der Zustimmung zu dem von Deutschland angebotenen Nichtangriffsvertrag auch geschah. Die UdSSR gewann dadurch auch Zeit, sich mit aller Kraft auf den früher oder später doch zu erwartenden Überfall vorzubereiten. Doch eben das - Logik ade - findet das Tb plötzlich **"alles andere als o.k."** und es donnert:

"Wenn der Hitler-Stalin-Pakt eine Notwendig-

* Das Tb spricht von einem "Versuch eines 'eigenständigen Weges zum Sozialismus'" in Jugoslawien. Diesen hat es jedoch niemals gegeben. Bereits 1951 gab es zwischen Jugoslawien und den USA z.B. ein "Abkommen über gegenseitige Verteidigungshilfe", welches vorsah, daß Jugoslawien seinen "vollen Beitrag... zur Entwicklung und Aufrechterhaltung der Verteidigungskraft der Freien Welt zu leisten" hat und außerdem bereit sein muß, der UNO Truppen zur Verfügung zu stellen (vgl. "Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung", S.182/183)

** Schleierhaft ist, was in der Broschüre an "Argumentationsmaterial für die Charakterisierung des Faschismus als Form bürgerlicher Herrschaft" enthalten sein soll. Darüber steht praktisch **nichts** drin. Darin geht es schließlich um die sowjetische Außenpolitik, genauer gesagt um deren Kampf gegen die imperialistischen bzw. faschistischen Aggressoren. Das scheinbare Lob dient dem Tb nur dazu, das Thema zu wechseln, seine Hilflosigkeit gegenüber der revolutionären Logik der Argumentation des Sowjetischen Informationsbüros zu bemängeln.

keit war..., dann nur in Folge und zur Sicherung der Machtpolitik Stalins. Unserer Ansicht nach war daher der Hitler-Stalin-Pakt keine Notwendigkeit, sondern ein **Verbrechen!**"

Das, was das Tb als "Machtpolitik Stalins" bezeichnet, war in Wirklichkeit die Politik zur Sicherung der Existenz der sozialistischen UdSSR als Bastion des internationalen Proletariats und der unterjochten Völker. Das Tb bezeichnet es also als "Verbrechen", diese damals mächtigste Kraft zur Unterstützung des weltweiten Kampfes gegen Imperialismus und Faschismus zu sichern!

Das ist keine böswillige Interpretation. Das Tb ist nämlich **ausdrücklich** der Meinung, daß die Sowjetunion es damals nicht wert war, verteidigt zu werden. Z.B. gibt es "den Hinweis",

"daß die überwiegende Mehrheit der BewohnerInnen der Sowjetunion **kein sonderliches Interesse** an der Unterstützung der Sowjetregierung hatte"

"daß die Bereitschaft der Menschen, sich am Kampf gegen den Faschismus in der Guerilla zu beteiligen **erst** in Folge der deutschen Massen-

Stalin über den Nichtangriffsvertrag

Man könnte fragen: Wie konnte es geschehen, daß sich die Sowjetregierung auf den Abschluß eines Nichtangriffspakts mit solchen wortbrüchigen Leuten und Ungeheuern wie Hitler und Ribbentrop eingelassen hat? Ist hier von der Sowjetregierung nicht ein Fehler begangen worden? Natürlich nicht! Ein Nichtangriffspakt ist ein Friedenspakt zwischen zwei Staaten. Eben einen solchen Pakt hat Deutschland uns im Jahre 1939 angeboten. Konnte die Sowjetregierung ein solches Angebot ablehnen? Ich denke, kein einziger friedliebender Staat kann ein Friedensabkommen mit einem benachbarten Reich ablehnen, selbst wenn an der Spitze dieses Reiches solche Ungeheuer und Kannibalen stehen wie Hitler und Ribbentrop. Dies aber natürlich unter der einen unerläßlichen Bedingung, daß das Friedensabkommen weder direkt noch indirekt die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit und die Ehre des friedliebenden Staates berührt. Bekanntlich ist der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR gerade ein solcher Pakt.

Was haben wir durch den Abschluß des Nichtangriffspakts mit Deutschland gewonnen? Wir haben unserem Lande für anderthalb Jahre den Frieden gesichert sowie die Möglichkeit, unsere Kräfte zur Abwehr vorzubereiten, falls das faschistische Deutschland es riskieren sollte, unser Land trotz des Pakts zu überfallen. Das ist ein bestimmter Gewinn für uns und ein Verlust für das faschistische Deutschland.

Was hat das faschistische Deutschland durch die wortbrüchige Zerreißung des Pakts und den Überfall auf die UdSSR gewonnen und was hat es verloren? Es hat dadurch für kurze Zeit eine gewisse vorteilhafte Lage für seine Truppen erzielt, hat aber in politischer Hinsicht verloren, da es sich in den Augen der ganzen Welt als blutiger Aggressor entlarvt hat. Es ist nicht zu bezweifeln, daß dieser kurzfristige militärische Gewinn für Deutschland nur eine Episode ist, während der gewaltige politische Gewinn für die UdSSR ein ernster Faktor von langer Dauer ist, auf den gegründet sich entscheidende militärische Erfolge der Roten Armee im Krieg gegen das faschistische Deutschland entfalten müssen.

Aus: Stalin, Rundfunkrede am 3. Juli 1941 Werke Bd. 14, S. 237/238.

morde an der Bevölkerung wieder anstieg".

Der Kampf der Roten Armee, ihre vorbehaltlose Unterstützung durch die sowjetische Bevölkerung, die flächenbrandartige Ausbreitung von Partisanenkämpfen, alles das bestätigt ungeheuer beeindruckend, welche feste Einheit Bevölkerung und Regierung bildeten, in den mehr als 900 Tagen der Belagerung Leningrads, vor Moskau, in Stalingrad usw.

Das Tb hat sich mit der frechen Leugnung all dieser Tatsachen, mit seiner unterschwellig verbreiteten These, die Hitlerfaschisten hätten nur etwas "humaner" sein müssen und schon hätten sie den Krieg gewinnen können, moralisch vollkommen disqualifiziert. Es verhöhnt die Millionen, die damals in der UdSSR und weltweit mit der Waffe in der Hand gegen den Faschismus kämpften. Als Antifaschisten bzw. Revolutionäre und Kommunisten wußten und spürten damals Millionen sehr genau, daß die UdSSR ihr mächtigster Verbündeter war. Sie alle werden vom Tb zu Narren erklärt, welche sich trottelhaft für die "Machtpolitik" eines Verbrechers und Massenmörders hätten einspannen lassen.

Das Tb übernimmt damit die gegenwärtige Lieblingsinterpretation der Herrschenden, welche den 2. Weltkrieg als "Kampf zwischen zwei verbrecherischen Diktaturen" hinstellen, um den Hitlerfaschismus aus der Schußlinie zu nehmen, um den **gerechten Charakter** des Kampfes der UdSSR zu leugnen. Das Tb ist damit **direkt bei profaschistischer Propaganda angelangt.**

Daran ändert auch das vom Tb zur Schau getragene Engagement für die von ihm so genannte "nichtbolschewistische Linke" nichts. Tb behauptet, daß der Nichtangriffsvertrag keine Notwendigkeit gewesen wäre, wenn die UdSSR "sich nicht zuvor an der Bekämpfung revolutionärer Gruppen in Spanien, in Mexiko, in Deutschland und sonstwo beteiligt hätte".

Man muß das zweimal lesen, denn zuerst denkt man an einen Druckfehler. Doch das Tb schreckt

* Da paßt dann auch ins Bild, daß das Tb die Errichtung eines Denkmals für den Faschisten Tiso in der Tschechoslowakei faktisch damit **rechtfertigt**, daß soetwas herauskomme, wenn "den Menschen" mit Gewalt etwas "aufgezwungen" würde.

** An dieser Stelle schreibt das Tb auch, die SU hätte gut daran getan, wenn sie im Lande selbst "eine 'nichtbolschewistische' Linke akzeptiert hätte."

Die UdSSR befand sich angesichts des bevorstehenden Überfalls des Hitlerfaschismus und der drohenden "Verständigung" der Hitlerfaschisten mit den westlichen Imperialisten über einen gemeinsamen Feldzug gegen sie (sie-

Entscheidendes Material, um der Hetze gegen die sozialistische Sowjetunion Stalins entgegenzutreten:

Geschichtsfälscher

72 Seiten
GS 25,-
DM 3,50

Der tatsächliche Verlauf der Vorbereitung und Entwicklung der Hitleraggression und des zweiten Weltkriegs

Eine historische Richtigstellung der Verfälschungen und Verleumdungen der Sowjetunion unter Stalin in Zusammenhang mit dem sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt 1939. Veröffentlicht vom Informationsbüro des Ministerrates der UdSSR im Jahr 1946.

Die vom TATblatt zensierte Anzeige

auch vor der infamsten Verleumdung nicht zurück, wenn es gegen die damals noch sozialistische Sowjetunion geht.

Es ist eine nette Arbeitsteilung: Die "normalen" Konterrevolutionäre befehligen die Lenin-Stalinische UdSSR wegen ihres revolutionären Charakters, das Tb befehligen sie wegen angeblicher "Bekämpfung revolutionärer Gruppen". Die Begründung ist konträr, das Resultat aber gleich.

Tatsache ist, daß die SU weltweit die antifaschistischen und revolutionären Kräfte unterstützte. Das waren vor allem, aber nicht aus-

he "Hess'-Mission" nach England) international in einer äußerst kritischen Situation. Eine sogenannte "nichtbolschewistische Linke", die sich nicht bereits als konterrevolutionär und profaschistisch erwiesen hätte, gab es im Lande damals schon nicht mehr. Ihr also freie Hand zu lassen, sie zu "akzeptieren", hätte geheißen, der 5. Kolonne des Feindes freie Hand zu lassen, ihr Tür und Tor zu öffnen und unter doppeltes Feuer zu geraten, von innen und von außen.

Vgl. dazu ausführlicher in der RF 239 den Abschnitt: "Wirkungsvolle Unterdrückung und Liquidierung der Konterrevolution im Inneren - Entscheidende Voraussetzung des siegreichen Kampfes gegen die äußeren Feinde".

schließlich, die Kommunistischen Parteien. Diese leisteten erwiesenermaßen in China, Südostasien, Italien, Frankreich, Spanien usw. den **größten Beitrag** im antifaschistischen und antiimperialistischen Befreiungskampf und brachten auch die **größten Opfer** (siehe etwa die Verteidigung Madrids durch das hauptsächlich kommunistische 5.Regiment). Daß diese KPs auch Fehler, teilweise sogar sehr schwere machten, ändert daran nichts.

Es ist eine verdammte Lüge, daß die UdSSR den antifaschistischen Kampf "behindert" (Deutschland) oder gar "unterbunden" (Spanien) hätte. Die KPD hat anlässlich des Nichtangriffsvertrags gerade erklärt, daß der Kampf für den Sturz des Hitlerfaschismus deswegen nicht abgeschwächt, sondern **verstärkt** werden muß (vgl. RF 239, S.21). Die SU hat nicht nur Waffen an die Antifaschisten nach Spanien geliefert, sondern auch Freiwillige geschickt, v.a. Konsomolzen (Jungkommunisten) als Kampfflieger. Das alles läßt sich dokumentieren und beweisen.

Völlig an den Haaren herbeigezogen ist auch die Behauptung:

"In Spanien hängt die Niederlage der Republik ja wohl direkt mit der Politik der SU zusammen."

Wie das? Hat die UdSSR etwa zur Einstellung des Krieges gegen die Faschisten und gegen die imperialistischen Interventen aufgefordert, die Völker Spaniens hängenlassen? Absolut nicht.

Hinter dieser Verleumdung steht die besonders von den Trotzkisten her bekannte Demagogie, dem in **einem** Land bestehenden Sozialismus die Schuld zu geben für alle Niederlagen des Proletariats und der Völker in den anderen Ländern. Niederlage in China 1927 - Stalin und die SU waren schuld! Niederlage in Spanien 1939 - Stalin und die UdSSR waren schuld!

In Wirklichkeit kann das in einem oder in wenigen Ländern siegreiche Proletariat niemals die Durchführung der Revolution in anderen Ländern ersetzen. Eine siegreiche Revolution kann nur das Werk der Arbeiterklasse und der Volksmassen des betreffenden Landes selbst sein. Schon

* Da in Spanien auch anarchistisch orientierte Kräfte am nationalrevolutionären Krieg gegen Franco teilnahmen, waren sie auch in der Regierung der Volksfront vertreten (Durruti). Die KP Spaniens tat bis zum Schluß alles, um die Einheitsfront mit den anarchistischen Arbeiterinnen und Arbeitern zu verwirklichen und hatte dabei auch wichtige Erfolge. Dies erforderte zugleich den entschiedenen Kampf gegen jene auch anarchistisch auftretenden Kräfte, welche den nationalrevolutionären Krieg sabotierten und direkt oder indirekt als "5.Kolonie" des Faschismus wirkten. - Eine genauere Einschätzung der Rolle des Anarchismus in Spanien damals steht noch aus.

garnicht kann die siegreiche Arbeiterklasse eines Landes allein den Weltimperialismus niederringen. In Spanien, in China usw. tat die UdSSR, was sie an Unterstützung der dort kämpfenden Volksmassen leisten konnte, doch diese Möglichkeiten waren nicht unbegrenzt. Lenin erklärte: Solange nicht in mehreren Ländern die sozialistische Revolution ausgebrochen ist, die stark genug ist, dem internationalen Imperialismus eine Niederlage zu bereiten, solange ist es die direkte **Pflicht** der Revolutionäre, die in einem einzelnen Land gesiegt haben, **keinen** Kampf gegen die "Giganten" des Imperialismus aufzunehmen, dem direkten Kampf aus dem Wege zu gehen, abzuwarten, bis das Ringen der Imperialisten gegeneinander diese **noch mehr** schwächt und die Revolution in den anderen Ländern noch näher bringt (vgl. Lenin-Werke Bd.27, S.319). Lenin erklärte schon 1918:

"Wir müssen jedoch auf unserem Posten bleiben, bis unser Verbündeter kommt - das internationale Proletariat, das herankommen wird, unvermeidlich herankommen wird, das aber unermeßlich langsamer herankommt, als wir es erwarten und wollen. Wenn wir sehen, daß dieses Proletariat infolge objektiver Umstände zu langsam marschiert, müssen wir dennoch unsere Taktik beibehalten, die Taktik des Abwartens und der Ausnutzung der Konflikte und Gegensätze zwischen den Imperialisten, der langsamen Sammlung der Kräfte, die Taktik der Erhaltung der Oase der Sowjetmacht inmitten des tobenden imperialistischen Meeres, der Erhaltung jener Oase, auf die schon jetzt die Blicke der Arbeiter und Werktätigen aller Länder gerichtet sind."

(Lenin, "Bericht über die Außenpolitik", 1918, LW 27, S.371)

Der Abschluß des Nichtangriffsvertrags war kein Verrat an der proletarischen Weltrevolution, sondern diente der "Erhaltung der Oase der Sowjetmacht" im Interesse des internationalen Proletariats. Und in der Tat, das "Durchhalten" der UdSSR erwies sich während und nach dem 2.Weltkrieg als mächtiger Hebel für die Unterstützung revolutionärer Veränderungen in einer ganzen Reihe von Ländern. **Deshalb** greifen die imperialistische Reaktion und ihre Nachbeter den Nichtangriffsvertrag an.

Übrigens bleibt das Tb leider auch die Antwort schuldig, welche "revolutionären" Gruppen die UdSSR in Deutschland, Mexiko usw. hätte aktiv unterstützen sollen.

** Die RF hat den Nichtangriffsvertrag in einer eigenen Nr. (RF 239) ausführlich behandelt und dort auch konkret nachgewiesen, daß die Außenpolitik der Stalinschen UdSSR auf dem proletarischen Internationalismus, auf den Prinzipien der Außenpolitik der Diktatur des Proletariats beruhte. Wir glauben kaum, daß das Tb bereit ist, offen und ohne Mätzchen eine Auseinandersetzung darüber zu führen.

Ein letztes Beispiel für den Unflat, den die Tb-Redaktion ihrem Publikum vorsetzt

Indem sie alle Hemmungen verliert und "ehrlich" die Sau herausläßt, verkündet sie, daß

"das Wort Bolschewiki (Russisch: Mehrheitler) doch bitte, seien wir ehrlich, eine Verarschung ist. Wenn wir heute dreihundert Linke auf einen Kongreß kriegen, dann können 160 Autonome leicht eine Mehrheit bilden. Und in etwa so sind die Bolschewiki 1903 auch zu den 'Mehrheitlern' geworden."

Diese Äußerung zeigt nicht nur die geschichtliche Unwissenheit der TB-Redaktion, sondern überhaupt die völlige **innere Losgelöstheit** der Damen und Herren der TB-Redaktion von der gesamten Geschichte der **revolutionären Arbeiterbewegung**.

Das "Wort" Bolschewiki steht eben nicht für eine mehr oder minder zufällige Mehrheit von Delegierten auf dem II.Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR) 1903. Das "Wort" Bolschewismus steht für eine bestimmte **politische Richtung**, welche sich - auf der Grundlage der kompromißlosen Verteidigung des Marxismus - 1903 mit aller Deutlichkeit herausgebildet hat.

* Die Bolschewiki sind jene revolutionäre Partei, welche das Proletariat 1917 zum Sieg der Oktoberrevolution führen konnte, weil sie 1903 **rechtzeitig** mit dem Opportunismus gebrochen hatte. Die Bolschewiki waren (neben der serbischen Sozialdemokratie) die einzige Partei der II.Internationale, die 1914 nicht zur "Vaterlandsverteidigung" aufgerufen hatte. Nach dem Sturz des Zarismus im Februar 1917 blieben die Bolschewiki unveröhnlich gegen die imperialistische Bourgeoisie, welche mit Unterstützung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre den Raubkrieg weiter führte. Auf Grund dieses mehr als 15 Jahre lang geführten Kampfes zur Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse unterstützte schließlich die Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter in bewußter und freier Entscheidung die Bolschewiki (auf dem

* Auf dem II.Parteitag der SDAPR versammelten sich nicht irgendwelche "autonom" zusammengekommene Linken, sondern das waren Delegierte der marxistisch organisierten Arbeiterinnen und Arbeiter in den Betrieben Rußlands.

Wer sich näher dafür interessiert: Lenin hat die Parteisplattung in Bolschewiki und Menschewiki auf dem II.Parteitag der SDAPR äußerst genau in seiner Schrift "Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück" analysiert (Werke Bd.7). In dieser zentralen Schrift hat Lenin darüber hinaus die organisatorischen Grundlagen der revolutionären Partei des Proletariats entwickelt und den Opportunismus auf organisatorischem Gebiet prinzipiell charakterisiert und entlarvt.

II.Sowjetkongreß im November 1917 erhielten die Bolschewiki die Mehrheit).

* Die Bolschewiki waren zugleich international jene revolutionäre Kraft, deren Theoretiker nicht nur am konsequentesten den Marxismus gegen alle Verfälschungen verteidigten (siehe Lenins Werk "Staat und Revolution"), sondern es auch verstanden, den Marxismus unter den Bedingungen des Eintritts des Kapitalismus in sein monopolistisches Stadium **weiterzuentwickeln**, die richtigen Schlußfolgerungen aus der Analyse des **Imperialismus** zu ziehen (siehe vor allem Lenins Buch "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus").

* Der führende Theoretiker der Bolschewiki, Lenin, analysierte nicht nur die Bedingungen und Erfahrungen Rußlands, sondern die Zusammenhänge der Weltwirtschaft und Weltpolitik in ihrer Gesamtheit. Und Rußland war damals Knotenpunkt der Widersprüche des Imperialismus. Deshalb ist es kein Zufall, daß damals in Rußland die Theorie und Taktik der proletarischen Revolution in unserer Epoche, der **Leninismus**, entstand, und der Bolschewismus für die Kommunistinnen und Kommunisten international "ein Vorbild für alle" wurde.

Zum Beispiel legte Lenin bereits 1915 dar, daß im Zeitalter des Imperialismus aufgrund der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung "der Sieg des Sozialismus zunächst in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzelnen genommenen Lande möglich ist." (Siehe Lenin, Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, 1915, LW 21, S.345/346). Damit eröffnete die Theorie des Bolschewismus dem Proletariat die revolutionäre Perspektive, die Front des Weltimperialismus siegreich zu durchbrechen, bis zum Sieg der proletarischen Weltrevolution Stück für Stück Kettenglieder des Weltimperialismus herauszuberechnen.

Das Wort "Bolschewiki" hat für die Reaktionäre bis heute nicht seinen Schrecken verloren. Deshalb "arbeiten" die bürgerlichen "Wissenschaftler" noch immer daran, den Bolschewismus zu diskreditieren. Das Tb "ergänzt" mit seiner Verhöhnung des Wortes "Bolschewiki" die bürgerliche Demagogie, die besagt, daß die bolschewistische geführte Oktoberrevolution gar keine Revolution gewesen sei, sondern eine Art Palastputsch über die Hintertreppe. So steht das Tb tatsächlich auf einer Ebene mit Portisch und "Staberl" von der "Kronen-Zeitung".

ANHANG

Das Protestschreiben des Sekretariats der MLPÖ an das "TATblatt" vom 20.5.91:

ANTIKOMMUNISTISCHE ZENSUR IM TATBLATT ?!

"Miteinander debattieren und streiten lernen. Der Platz dazu soll im TATblatt sein." So heißt es im Selbstdarstellungstext des Tb (siehe Minus 49 Nummer).

Der bisherige Unterschied zwischen dem Tb und manch anderem Blatt ist, daß dort schon so manche kontroverse Debatte stattgefunden hat und stattfinden konnte (siehe insbesondere die Debatte über das Karam-Khella-Interview!).

Das Tb hat den Anspruch, daß darin ohne bürgerliche Zensur über die brennenden Fragen linker Politik diskutiert werden kann.

Doch leider stehen dem von der Redaktion des Tb bisher nicht offengelegte Praktiken gegenüber, die jedem fortschrittlichen Anspruch widersprechen.

1) Im Sommer 1989 wollte die "Rote Fahne" der MLPÖ die im Tb scheinbar angebotene Möglichkeit nutzen, eine bezahlte Anzeige zu platzieren. Es handelt sich um die 1946 vom Informationsbüro des Ministerrates der UdSSR veröffentlichte historische Richtigstellung der Verfälschungen und Verleumdungen der Sowjetunion unter Stalin im Zusammenhang mit dem sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt 1939 mit dem Titel: "GESCHICHTSFÄLSCHER - Der tatsächliche Verlauf der Vorbereitung und Entwicklung der Hitleraggression und des zweiten Weltkriegs".

Diese Anzeige wurde von der Tb-Redaktion **abgelehnt**. Von einem Redaktionsmitglied wurde ein Artikel dazu angekündigt, eine Art Rezension der Broschüre, bei der "ihr schlecht aussehen werdet". Bezeichnenderweise blieb es bei der prahlerischen Ankündigung.

2) Anfang 1991 wurde nochmals versucht, eine bezahlte Anzeige ins TATblatt zu bringen, diesmal einfach eine verkleinerte Titelseite der RF 242 "Der Oktoberstreik 1950". Zunächst wurde von einem Redaktionsmitglied erklärt, daß damit wohl kein Problem bestehe. Auch diese Anzeige wurde abgelehnt. Angekündigt und geradezu "hochheilig versprochen" wurde wiederum vom selben Redaktionsmitglied, daß im Rahmen eines Artikels über den Oktoberstreik 1950 auch auf die Stellungnahme der RF eingegangen würde. Aber das Redaktionsmitglied hatte sich auch

diesmal wohl nur versprochen...

Das Tb lehnt keineswegs **generell** Anzeigen bzw. Anzeigen politischer Zeitschriften oder Organisationen ab und macht keineswegs nur Werbung für Zeitungen, deren Standpunkte und Inhalte sie volinhaltlich teilt. Im Tb hat es Anzeigen gegeben für die gewiß bürgerliche "MOZ", für die de facto proimperialistischen Blätter der "KPÖ", für anarchistische Kalender, schon garnicht zu sprechen von Werbungen für kapitalistische Unternehmen. Was bleibt? Die Zensur setzt also ein, wenn es sich um ein marxistisch-leninistisches Organ handelt.

Was bedeutet das eigentlich? Nehmen wir das Beispiel der Broschüre über den deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrag. Da gab es letztes Jahr eine ungeheure antikommunistische Hetze in den bürgerlichen Medien, im ORF usw. Deren Quintessenz war die Gleichsetzung der sozialistischen UdSSR mit Hitlerdeutschland, ja im Grunde das Konstrukt, die UdSSR unter Stalin zum eigentlichen "Schuldigen" zu machen. Deshalb sollte auch im TATblatt auf diese Broschüre aufmerksam gemacht werden mit dem Hinweis: "Entscheidendes Material, um der Hetze gegen die sozialistische Sowjetunion Stalins entgegenzutreten."

In dieser Broschüre wird ausführlich und anhand einer ganzen Fülle von Fakten die Frage beantwortet, die Stalin bereits in seiner ersten Rede nach dem Überfall der Hitlerfaschisten auf die UdSSR offen gestellt und beantwortet hat: "Wie konnte es geschehen, daß sich die Sowjetregierung auf den Abschluß eines Nichtangriffsvertrags mit solchen wortbrüchigen Leuten und Ungeheuern wie Hitler und Ribbentrop eingelassen hat? Ist hier von der Sowjetregierung nicht ein Fehler begangen worden?" (Stalin, 3.7.1941, zitiert nach RF 239, S.28).

Es handelt sich darum, daß das TATblatt mit der Zensurmaßnahme gegen diese Broschüre die Front derer verstärkt hat, welche um jeden Preis verhindern wollen, daß sich die Leute anhand der überzeugenden Argumentation der damaligen Sowjetregierung über die historischen Tatsachen klar werden.

Die mündlich von einem Redaktionsmitglied ge-

äußerte Rechtfertigung, daß auch schon einmal etwas von irgendeiner trotzkistischen Gruppe abgelehnt worden sei, macht die Sache nicht besser. Es ist natürlich völlig korrekt, Werbeeinschaltungen von politisch reaktionären Gruppen abzulehnen, die sich lediglich links oder sogar "ultra-links" ausgeben, in der Tat aber z.B. den Export von Noricum-Kanonen an das reaktionäre Regime im Irak befürworten.

Auf einer rein formalen Ebene lassen sich hier überhaupt keine Kriterien bestimmen, sondern nur im Zusammenhang vor allem mit dem politischen Inhalt.

Engels sagte einmal sinngemäß, daß die Bourgeoisie die Teilnahme der armen und ausgebeuteten Bauern an der revolutionären Befreiungsbewegung hauptsächlich "bannt" mit der Beschwörung, daß die Kommunisten ihnen die letzte Kuh aus dem Stall holen und ihnen Haus und Hof wegnehmen würden. Heute "bannt" die imperialistische Bourgeoisie die konsequent revolutionäre Politik vor allem mit der Beschwörung des gar so "schrecklichen Stalinismus". Gegen den "Stalinismus" zu sein ist die wichtigste Eintrittskarte in den bürgerlichen Salon.

Heute zeigt sich deutlicher denn je, daß die Entwicklung, welche scheinbar so vorwärtstreibend mit der "Kritik an den Folgen des Personenkults" begann, nur der Auftakt zur kompletten Demontage Lenins und der Oktoberrevolution war, sich gegen den Marxismus und jede revolutionäre Politik überhaupt richtet, zur Vernichtung aller und jeglicher revolutionärer Errungenschaften geführt hat.

ten geführt hat.

Es gibt Leute, die darüber erschrecken, daß heute z.B. in der Slowakei ein Denkmal errichtet wird für den Oberfaschisten Tiso (Staatsoberhaupt im slowakischen Marionettenstaat von Hitlers Gnaden und 1947 hingerichtet). Aber warum denken sie nicht einmal tiefer darüber nach, daß und warum diese ganze Entwicklung **untrennbar** verbunden ist damit, was seit Jahrzehnten als "Entstalinisierung" bezeichnet wird.

Wer nicht bereit ist, die von der Schule, von den Medien, von der Kirche usw. von früh bis spät verbreitete Propaganda gegen die Sowjetunion zur Zeit Lenins und Stalins zu hinterfragen, den "gängigen" antistalinistischen Behauptungen zu mißtrauen, wer sich nicht bemüht, sich selbstständig ein eigenes Bild darüber zu machen, Dokumente dazu zu studieren usw., hat niemals auch nur eine Chance, der ganzen bürgerlichen Welt den Krieg anzusagen.

Das solltet ihr euch überlegen, wenn ihr nicht kampfflos vor Portisch und Co. die Segel streichen, wenn ihr nicht unbedingt im Kreise der "linken" Schoßhündchen der Bourgeoisie landen wollt, zu denen die Herrschenden sagen: "Macht, was ihr wollt, aber bleibt brav auf der von den Herrschenden abgesteckten Spielwiese, an deren Zäunen das Schild hängt: 'Vorsicht Stalinismus! Nicht weitergehen! Hier beginnt der für die Herrschaft der Bourgeoisie tödliche Kampf für den proletarischen Sozialismus, für die Diktatur des Proletariats!'"

Sekretariat der MLPÖ, 20.5.91

Nikolaus Lenau über die TATblatt-Praktiken

Nikolaus Lenau war nicht nur der Dichter der schwermütigen Schilflieder, er war auch ein entschlossener Kämpfer gegen all die reaktionären Finsterlinge, die glauben, mit Zensurmaßnahmen, Totschweigetaktilen und Verboten die Revolution aufhalten zu können. So läßt Lenau seine berühmte Dichtung "Die Albingenser" mit der folgenden Strophe ausklingen:

Das Licht vom Himmel läßt sich nicht versprengen,
Noch läßt der Sonnenaufgang sich verhängen
Mit Purpurmänteln oder dunklen Kutten;
Den Albingensern folgten die Hussiten
Und zahlen blutig heim, was jene litten;
Nach Hus und Ziska kommen Luther, Hutten,
Die dreißig Jahre, die Cevennenstreiter,
Die Stürmer der Bastille und so weiter.

Wir haben die Ehre, zu jenen zu gehören, die Lenau in sein einfaches, selbstverständliches und dabei zutiefst von revolutionärem Optimismus erfülltes "und so weiter" faßt; das "TATblatt" dagegen hat die ungeheure Schande auf sich geladen, als späte Nachgeburt der "dunklen Kutten" zur UnTAT geschritten zu sein.

Antikommunistische Zensur im Tb ?

Antwort des Kollektivs auf das Schreiben des Sekretariats der MLPÖ vom 20.5.91

Wir haben zensuriert; wir haben zweimal die Veröffentlichung von Inseraten (gegen Kohle) der MLPÖ abgelehnt.

Es waren inhaltliche Gründe, warum wir den Abdruck der Inserate ablehnten. Wir wollten kein Inserat für eine Broschüre, die die menschenverachtende Politik der Sowjetunion besonders unter Stalin nicht erwähnt bzw. leugnet. Und wir wollten auch kein Inserat für eine Broschüre über den Oktoberstreik 1950, die von Oberflächlichkeit und Ungenauigkeit geprägt ist. (Die genauere inhaltliche Kritik an beiden Broschüren befindet sich auch in diesem TATblatt.)

Doch vor allem auch entscheidend für den Nichtabdruck der Anzeigen war unsere prinzipielle Kritik an der Politik der MLPÖ.

Diese Kritik und auch das Bauchweh, wenn wir MLPÖ-Artikel abdruckten, gibt es unter uns schon seit längerem. Doch es gab nie eine tiefergehende Auseinandersetzung mit den Inhalten der MLPÖ und über deren grundlegenden Charakter. Genauso wie es annähernd keine Auseinandersetzung über stalinistische Entwicklung und Politik der Sowjetunion in der Linken gibt.

Trotzdem lassen wir uns nicht aufzwingen, wie wir diese Debatte zu führen hätten. Vor allem nicht durch die Behauptungen der MLPÖ in ihrem Brief

- daß jede Auseinandersetzung mit Stalinismus der antikommunistischen Hetze der Herrschenden in die Hände spielt,
- und daß das TATblatt die Errungenschaften und Siege Stalins ("historische Tatsachen") leugnet.

Wir wollen nun erklären, warum wir glauben, daß das Nichtabdrucken der zwei MLPÖ-Inserate richtig war, und warum wir glauben, daß die MLPÖ nicht Teil einer autonomen Linken ist und auch nicht sein kann:

Die MLPÖ ist eine dogmatische Partei, deren unumstößliche Grundlage die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin sind. Die Lehren Marx, Engels, Lenins und Stalins werden von der MLPÖ weder hinterfragt, kritisch betrachtet, im zeitlichen und gesellschaftlichen Zusammenhang gesehen, noch als teilweise falsch eingestuft, sondern sie gelten als nicht zu kritisierende, ewig geltende Grundlagen ihrer Politik. Und Befreiungskämpfe (auf allen Ebenen) können nur dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn sie sich strikt am Marxismus-Leninismus orientieren.

Die MLPÖ meldet sich zu den verschiedensten (aktuellen) Themen meist schrift-

lich zu Wort. Sie versucht (durch ihre schriftlichen Stellungnahmen) ihre Inhalte in die (autonome) Linke hineinzutragen. Sie ist dabei weniger an einer Diskussion interessiert, als an einer ständigen Präsenz ihrer Inhalte. Immer mit dem Ziel vor Augen, die (autonome) Linke mit ihren Inhalten zu missionieren, auf den "einzig richtigen" Weg zu bringen.

Die MLPÖ sagt dies auch selbst ziemlich deutlich: "Die Hauptaufgabe der jungen Mitglieder und Kandidaten der MLPÖ, der jungen Freunde und Aktivistinnen der 'Roten Fahne' (Zentralorgan der MLPÖ, Anmerkung des Kollektivs) ist es, in diese Jungendzirkel und Gruppierungen junger Menschen hineinzugehen, dort die Rolle der aktivsten und bewußtesten Kräfte, der revolutionären Hefe, zu spielen und für die erfolgreiche Weiterentwicklung dieser Zirkel und Gruppierungen zum konsequenten Marxismus-Leninismus Sorge zu tragen." (Tribüne, Beilage zur Roten Fahne Nr. 123, Dezember 1970)

Diese Aussage, die immerhin schon einige Jahre zurückliegt, hat sich immer wieder (z.B. in der Vorbereitung diverser Aktionen) als richtig herausgestellt.

Deshalb ist es nicht verwunderlich wenn folgende Tatsachen der MLPÖ noch nie eine Auseinandersetzung wert waren:

- daß Marx und Engels die Unterdrückung der Frau als Nebenwiderspruch¹ sahen,
- daß schon unter Lenin die Niederschlagung anderer politischer Richtungen (Verfolgung von AnarchistInnen, SozialrevolutionärInnen etc., Zerschlagung des Kronstädter Aufstandes im Mai 1921, ...) stattfanden,
- daß unter Stalin diese konsequente Verfolgung von Andersdenkenden, die Zwangskollektivierungen und die Industrialisierung der Sowjetunion zum Tode von Millionen von Menschen führte.

Um es ganz allgemein zu sagen: Wenn irgendeine Richtigkeit in der Geschichte täglich aufs Neue bewiesen worden ist, dann die, daß Freiheit, Sozialismus, Anarchie oder was auch immer, in jedem Fall aber antihierarchische, antikapitalistische, antipatriarchale und antirassistische Lebensformen nicht erzwungen, nicht aufgesetzt werden können; weder theoretisch noch praktisch. Und wenn Marx, Engels, Lenin, Trotzki und besonders Stalin samt Gefolgschaft etwas bewiesen haben, dann das eine:

Daß es eben NICHT reicht, ein paar tausend Kapitalisten abzuknallen und dann das ganze System unter einem anderen Kommando weiterlaufen zu lassen.

Und zu allerletzt: Das TATblatt hat keine 'Linie', keine klare Ausrichtung. Wir sind uns schon bewußt, daß wir Fehler machen.

Stalinismus Diskussion

Aber wir fühlen uns als Teil einer undogmatischen, autonomen Linken. Einer Linken, die Unklarheiten, Fragen, Ungenauigkeiten und Fehler solange zulassen kann, als sie am Weg zu einer antihierarchischen, antikapitalistischen, antipatriarchalen, antirassistischen Zukunft liegen. Mindestens 95% der Menschen, mit welchen wir uns verbunden fühlen, haben 'klassische Theoretiker' noch nie von innen gesehen. Dennoch sind wir der Meinung, daß sie sehr gute 'GenossInnen' sind.....

Mit DIESEN wollen wir über den Weg diskutieren! Und darum haben wir uns entschieden in Zukunft nichts mehr von der MLPÖ abzudrucken.

TATblatt-Kollektiv

P.S.: Wer sich von der MLPÖ (z.B. den kritisierten Broschüren) ein Bild machen will, kann die diversesten schriftlichen MLPÖ-Produkte bestellen: Zentraler Literaturdienst der MLPÖ, Postfach 582, 1150/9 Wien

Und zu allerletzt ein Lesetip: eine ausführliche und interessante Betrachtung der Politik der SU vor allem unter Stalin ist in der Radikal Nr.142 (Inserat in diesem Tb) erschienen.

Fußnote:¹ Die These des Haupt- und Nebenwiderspruchs besagt, daß ersterer zwischen Kapital und Arbeit besteht. Jede andere Unterdrückung oder Ausbeutung (sei sie nun rassistisch, patriarchal, imperialistisch,... begründet) wird zum Nebenwiderspruch. Engels meint dazu: "Eine wirkliche Gleichberechtigung von Frau und Mann kann meiner Überzeugung erst Wahrheit werden, wenn die Ausbeutung beider durch das Kapital beseitigt (...) ist." Friedrich Engels 1885, MEW, Bd. 36, S.341 •

Zur Broschüre "Der Oktoberstreik 1950"

(TATblatt-Wien)

Es gab im Oktober 1950 eine Auseinandersetzung mit dem Oktoberstreik 1950. Im Rotstülzchen (Gott hab' es selig) war eine Veranstaltung; ein TATblatt-Beitrag war in Vorbereitung. Am Ende der Vorbereitungen lag ein etwa 22 Seiten langes Manuskript vor, von dem wir auch heute noch nicht wissen, wie wir damit umgehen sollen (vielleicht wirds einmal eine Broschüre).

Und noch was wäre vorauszuschicken: Es gibt eigentlich nur sehr wenig Material über den Oktober-Streik. Wir machten uns daher die Mühe, so ziemlich alles, was wir in die Finger bekamen, zu verarbeiten. Wir interviewten ZeitzeugInnen, besorgten Photos aus Archiven, suchten Kopien alter Polizei- und Gerichtsakten usw.

Dann kam die MLPÖ....

Ohne das JETZT UND HIER in aller Deutlichkeit belegen zu können, ist die MLPÖ-Broschüre so ziemlich das Seichteste, was es in Bezug auf den Oktoberstreik gibt! Der Vorgeschichte des Streiks werden lediglich 9 von 70 Seiten gewidmet, und die sind vornehmlich mit inhaltslosen Parolen gespickt. Beispiel gefällig?

"Breite Kreise des österreichischen Volkes, besonders der Arbeiterschaft, forderten daher in zahllosen Versammlungen, Entschließungen und Manifestationen energisch, diese Betriebe (das ehemalige 'deutsche Eigentum'; Anm.TATblatt) unter keinen Umständen wieder in die Hände der in- oder ausländischen Monopolisten zurückgelangen zu lassen.

Die Kräfte des Kapitals waren unter diesen Umständen außerstande, sich offen über die Bestrebungen der Massen hinwegzusetzen. Die Situation war auch

in Österreich für die Bourgeoisie damals nicht frei von 'Risiken', schon weil es in unmittelbaren Nachbarländern zu einschneidenden Maßnahmen gegen den Monopolbesitz der Bourgeoisie kam, wie in der Tschechoslowakei und in Ungarn, und im östlichen Teil Österreichs die Rote Armee stand.

Die führenden österreichischen Politiker erkannten, daß sie um Verstaatlichungsmaßnahmen nicht nur nicht herumkommen würden, sondern diese unter Umständen sogar ein wirksames Mittel zur Sicherung und Durchsetzung ihres Grundinteresses zum raschen Wiederaufbau ihrer Profitwirtschaft, zum Betrug an der Arbeiterklasse sein konnten."

Stimmt. Heißt aber letztlich gar nix:

- Wann und wo waren die unzähligen Versammlungen? Wie verliefen sie? Wurden dort nur Hände zu vorformulierten Papieren gehoben? Oder wurden die Forderungen militant untermauert?

- Wer waren die Kräfte des Kapitals? Wie traten sie in Erscheinung?

- Welche einschneidenden Maßnahmen

wurden in der CSSR und in Ungarn gesetzt? Wie können sie beurteilt werden?

- Warum war die Rote Armee ein Risiko? Vielleicht, weil sie so revolutionär war? Oder vielleicht doch, weil sie den Auftrag hatte, einen sowjetisch dominierten Machtbereich zu sichern und damit mehr oder minder zufällig in Konflikt mit den österreichischen Kapitalisten hätte geraten können?

- Und, und, und....?

Wir waren der Ansicht, daß mensch, der



ren. Die sowjetischen Freunde, so berichtet er, seien unzufrieden und beunruhigt. Die Streikbewegung komme ihnen ungelegen, umso mehr, da fast nur Arbeiter der USIA-Betriebe in den Streik getreten seien (als seien die größten Betriebe Österreichs in Linz und Steyr USIA-Betriebe gewesen!)². Jeder Streiktag koste die USIA enorme Summen und treffe weniger die Regierung als die sowjetische Planerfüllung. (...) Fürnberg schlug vor, die Arbeiter zum Abbruch des Streiks aufzufordern, einige Tage der Agitation in allen Bundesländern einzuschalten und dann den Kampf auf breiterer Basis fortzusetzen. Die meisten von uns Mitgliedern waren fassungslos. Dann polterte als erster Honner, ob Fürnberg den überhaupt wisse, was eine Massenbewegung sei. Das sei doch kein Streik, den wir Kommunisten angeordnet hätten und auf sowjetischen Wunsch wieder abblasen könnten. (...) Lauscher, Marek, Horn und ich unterstützten Honner, ließen uns aber schließlich durch das Argument, es sei in dieser gefährlichen internationalen Situation verantwortungslos, die sowjetischen Genossen in zusätzliche Schwierigkeiten zu bringen, zwar nicht überzeugen, aber unsicher machen. (...) Am Abend sprachen wir in Kundgebungen, um unseren Genossen einzureden, daß ein widersinniger Beschluß den Interessen der Arbeiterklasse entspreche" (Aus: "Das Ende einer Illusion").

Der MLPÖ ist diese Schweinerei! ganze 4 Zeilen wert: "In den USIA-Betrieben wurde auf kampfbereite Arbeiterinnen und Arbeiter keinerlei politischer Druck ausgeübt, auch wenn es sowjetische Direktoren bisweilen nicht gerne sahen, wenn die Belegschaften an den Streik- und Demonstrationen teilnahmen und damit unter Umständen die Planerfüllung gefährdeten." Im übrigen sicherte die sowjetische Kommandatur "in ihrer Zone die Rahmenbedingungen des Streikrechts, der Meinungs- und Versammlungsfreiheit...."

Diese Verdrehung von Tatsachen mag blöd oder peinlich sein. Richtig arg wird es unserer Ansicht nach, wenn die MLPÖ in ihrer Broschüre den 14.Parteitag der KPÖ kommentiert (November 1948).

Der 14.Parteitag der KPÖ war, so meint die MLPÖ, der "relativ beste Parteitag der Nachkriegs-KPÖ". Einerseits deshalb, weil die staatstragenden Illusionen der KP-Führung von 1945 nach Beginn des kalten Krieges wohl endgültig reif für den Papierkorb waren. "Ein aber vielleicht noch zwingender Grund war die Kritik der KPDSU und der Kominform am Tito-Revisionismus von 1947/48. Im Zusammenhang damit wurde der Kampf gegen den Rechtsopportunisten forciert, welcher sich in verschiedenen kommunistischen Parteien Westeuropas, aber auch anderswo, immer breiter machte"

oder die noch nie was über den Oktoberstreik gehört oder gelesen hatte, mit dieser Broschüre nur halb-, wenn nicht gar nur viertel- oder achteilinformiert worden wäre. Aber das ist kein Grund, ein Inserat abzulehnen (vor allem nicht, wenn wir das Geld dringend brauchen).

Entscheidend für die Ablehnung des Inserates waren wiederum Verschleierungen der Ursachen und Auswirkungen des Stalinismus³:

• Die sowjetische Führung hatte 1950 kein Interesse an einer starken Bewegung von ArbeiterInnen in Österreich. Ihr vorrangiges Ziel war die Etablierung des sowjetischen Einflusses in Osteuropa. Aus diesem Grund legte sie den österreichischen Genossen nahe, es doch bitte ja nicht zu einer Eskalation mit den Yankees kommen zu lassen.

Ernst Fischer, 1950 Mitglied des Politbüros der KPÖ und 1968 als Kritiker ausgetreten: "Am Nachmittag des 26.September 1950 kam Fürnberg, der im Politbüro für die Verbindung mit den Russen sorgte, von einer Besprechung mit sowjetischen Funktionä-

(MLPÖ-Broschüre).

Im "Kampf gegen den Rechtsopportunisten" waren der Politik Stalins in der SU folgend zwischen 1948 und 1950 in der CSSR 250 000 Menschen aus der Partei ausgeschlossen worden, in Bulgarien 92 500, in Rumänien 192 000 und in Ungarn 483 000; unzählige Menschen wurden als Feinde des Sozialismus hingerichtet. Worte wie Titoismus, Rechtsopportunisten, Revisionismus waren Rechtfertigungsloskeln für politische Verfolgung und Mord in den angeblichen Volksdemokratien.

In diesem Zusammenhang wieder ein Original-MLPÖ-Zitat: Mit der Äußerung eines Redners, das Parteistatut dürfe keine Grundlage für unberechtigte und unbegründete Säuberungsaktionen darstellen, werden "faktisch Säuberungen überhaupt als unberechtigt und unbegründet hingestellt, denn von berechtigten und begründeten Ausschlüssen unausgeglichen und schädlicher Elemente sprach (der Redner) kein Wort!"

Wir werfen der MLPÖ damit Verharmlosung, ja sogar Leugnung der Morde der Stalin-Ära vor, denn von den unberechtigten und unbegründeten Ausschlüssen angeblich unausgeglichen und schädlicher Elementen

ten samt folgender Hinrichtungen schreibt sie mit keinem Wort!

Fußnoten:

1) Zum Begriff Stalinismus. Wir sind in diesem Punkt mit der MLPÖ einer Meinung, nämlich: Für die gesellschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion kann nicht eine Person allein verantwortlich gemacht werden; auch nicht für das Terrorregime zwischen 1929 und 1953 (die 'Ära' Stalin). Die Entwicklung des repressiven Bürokratismus setzte bereits viel früher ein. Als Beispiel wäre etwa die Ersetzung der Fabriksräte durch die Hierarchie verantwortlichen Betriebsleiter im Jahr 1918 zu nennen. Der Stalinismus ist wohl 'nur' jene Phase in der Geschichte der SU, in der die relativ stärkste Repression angewandt werden mußte, um das bürokratische System aufrecht zu erhalten. Ein fast österreichisches Phänomen: Einer hat geführt; andere haben ausgeführt, durchgeführt,....

2) USIA: Zusammenschluß der sich ehemals in deutschem Besitz befunden habenden Betriebe innerhalb des von 1945 bis 1955 sowjetisch besetzten Teils Österreichs unter Leitung sowjetischer Betriebschefs.

Ausgangspunkte des Streiks gegen den 4.Lohn- und Preispakt, der praktisch ein Einfrieren der Löhne und eine Verdoppelung der Preise bedeutete, waren die heutige VOEST und die Steyr-Werke gewesen. Beide lagen in der US-besetzten Zone, waren also keine USIA-Betriebe. Ein weiterer Kernbereich der Streikbewegung war die Steiermark, die ebenfalls nicht von sowjetischen, sondern von englischen Truppen besetzt war.

3) Wohl nicht zufällig findet sich in der MLPÖ-Broschüre eine Werbung für das Buch "Der Kampf J.W. Stalins und der Komintern gegen den Titoismus". Komintern: Kommunistisches Informationsbüro; in diesem waren alle moskautreuen kommunistischen Parteien von 1945 bis 1956 zusammengeschlossen. Tito: Jugoslawischer PartisanInnen-General; organisierte den Widerstand gegen den Faschismus auf dem Gebiet des heutigen Jugoslawien und in großen Teilen Kärntens; 1947 Bruch mit Stalin; Versuch eines 'eigenständigen Weges zum Sozialismus'; ist aber a nix wum.....

Kritik der Broschüre "GESCHICHTSFÄLSCHER"

Die Broschüre beschreibt an Hand von Zitaten und Zahlenmaterial die Unterstützung des erstarkenden Nationalsozialismus durch Großkapitalisten und Politiker in den USA, GB und Frankreich, und zwar im Wesentlichen korrekt. Des Weiteren behandelt sie die Isolation der Sowjetunion durch die Westmächte und legt, unserer Ansicht nach auch völlig korrekt, dar, daß die USA, GB, Frankreich etc. so ziemlich alles unternommen haben, um das faschistische Deutschland zum Angriff auf die Sowjetunion zu bewegen, bzw in der Ausführung dieses Plans zu unterstützen.

Als Argumentationsmaterial für die Charakterisierung des Faschismus als Form bürgerlicher Herrschaft genügt das o.k.

Das Ziel der Broschüre ist es aber, den Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts als unumgekehrbar darzustellen, und das ist alles andere als o.k.!

Über 70 Seiten hinweg findet sich in der "Geschichtsfälscher"-Broschüre kein Wort über die innenpolitische Situation der SU, kein Wort von der planmäßigen Ausrottung der Opposition, kein Wort von den Millionen von Opfern der Zwangsindustrialisierung.

Jetzt könnte mensch fragen: Was hat das

miteinander zu tun? Muß mensch jedesmal, wenn das Wort Stalin fällt, gleich die umfassende Analyse der 'Fehler' Stalins mitliefern?

Wir meinen NEIN, mensch muß nicht.....es geht uns nicht um die Etablierung neuer Rituale, sondern eben um die

Wir meinen, daß in einer Diskussion, die ihres Namens würdig sein soll, auch andere Fakten als die in der Broschüre genannten enthalten sein müssen. Wir meinen da zum Beispiel

- den Hinweis, daß die überwiegende Mehrheit der BewohnerInnen der Sowjetunion kein sonderliches Interesse an der Unterstützung der Sowjetregierung hatte, nachdem die Bolschewiki Millionen von Menschen am Land hatten hungern lassen, um sie zum Zug in die Stadt, zur Arbeit in den Fabriken zu zwingen; und nachdem diese Politik der Zwangsindustrialisierung und Zwangskollektivierung Millionen von Toten gefordert hatte.

- daß mit der planmäßigen Liquidierung der linken Kader und Oppositionellen die revolutionäre Bewegung in der Sowjetunion zu einem bürokratischen und repressiven Dauerstillstand umgewandelt wurde.

- daß die Bereitschaft der Menschen, sich am Kampf gegen den Faschismus in der Guerilla zu beteiligen erst in Folge der deutschen Massenmorde an der Bevölkerung wieder anstieg.

Unsere Vorstellungen von Freiheit, von solidarischen Gesellschaftsstrukturen, von Arbeit ohne Ausbeutung usw beinhalten,



Diskussion brennender Fragen linker Politik.

Aber es ist schon lachhaft, wenn die MLPÖ zum Beweis der Tatsache, daß das TATblatt eine wichtige Diskussion verhindern will, aus der Radiorede Stalins vom 3.Juli 1941 zitiert ("Ist hier von der Sowjetregierung nicht ein Fehler begangen worden?"), das Zitieren aber genau vor jener Stelle beendet, an der Stalin meint: "Natürlich nicht!"

daß diese den Menschen nicht mit Gewalt und/oder Bürokratie aufgezwungen werden; und zwar nicht (nur) aus Träumerie, sondern aus der Erkenntnis, daß es nichts gibt, was Menschen auf Dauer aufgezwungen werden kann (und an genau DEM Punkt solltet ihr euch vielleicht Gedanken über die Aufstellung des Tiso-Denkmal machen; oder über die Existenz von Hols,...).

Nach über 50 Jahren ist es leicht, schlauer zu sein. Aber wir meinen dennoch, daß die Sowjetunion 1939 außenpolitisch weit besser dagestanden wäre, wenn sie sich nicht zuvor aktiv an der Bekämpfung revolutionärer Gruppen in Spanien, in Mexico, in Deutschland und sonstwo beteiligt hätte! In Spanien hängt die Niederlage der Repu-

blik 1939 ja wohl direkt mit der Politik der SU zusammen.

Sie wäre innenpolitisch weit besser dagestanden, wenn die SU-Führung eine 'nicht-bolschewistische' Linke akzeptiert hätte.

Unsere Schlußfolgerung: 'Schuld' am Faschismus sind die, die ihn etabliert haben. Mitschuld am Erstarken des Faschismus sind die, die ihn hätten wirksam bekämpfen können, dies aber frühzeitig behindert (KPD-Politik in Deutschland) oder sogar unterbunden haben (Komintern-Politik in Spanien).

Wenn der Hitler-Stalin-Pakt eine Notwendigkeit war, und genau das will uns die "Geschichtsfälscher"-Broschüre verklickern, dann nur in Folge und zur Sicherung der Machtpolitik Stalins. Unserer Ansicht

nach war daher der Hitler-Stalin-Pakt keine Notwendigkeit, sondern ein Verbrechen!

Ein Akzeptieren des Inerates hätte bedeutet, daß wir die in der Broschüre vertretenen Meinung für eine innerhalb einer Diskussion unter Linken zumindest vertretbare halten.

Fußnote:

1) Wobei das Wort Bolschewiki (Russisch: Mehrheitler) doch bitte, seien wir ehrlich, eine Verarschung ist. Wenn wir heute dreihundert Linke auf einen Kongreß kriegen, dann können 160 Autonome leicht eine Mehrheit bilden. Und in etwa so sind die Bolschewiki 1903 auch zu den "Mehrheitlern" geworden. •